



# Tacheles

kritisch · solidarisch · lokal



Sogenannte „Adbusters“ enthüllen die leeren Phrasen der Politiker\*innen im Wahlkampf. (Fotomontage)

## Haben wir eine Wahl?

Zum Anlass der Bundestagswahl hinterfragen wir unsere jetzige Form der Demokratie

Die Schlacht hat begonnen! Ende September ist Bundestagswahl. Nach vier Jahren Warten dürfen wir wieder mal ein Kreuzchen setzen und zur Motivation wird sogar ein 24/7-Unterhaltungsprogramm geboten. In der Frühstückszeitung bekommst du gesagt, wen du wählen kannst und was sie versprechen. Über den Tag verteilt wird im Radio und TV erklärt, wie die Versprechen erfüllt werden sollen und zum Einschlafen kannst du alles noch mal im Wahlprogramm nachlesen. Damit du am nächsten Tag nicht alles wieder vergisst, wirst du auf Schritt und Tritt mit Plakaten daran erinnert. Im Schnelldurchlauf kannst du alles nachholen, was dich die restlichen vier Jahre nicht interessieren muss. Am Ende darfst du dir aussuchen, was dir am besten gefällt, danach ist wieder Ruhe. Schließlich bezahlst du ja genau dafür hohe Steuern, dass deine Vertreter:innen in der Politik deine Probleme für dich lösen. Wen wirst du also wählen? Gibst du deine Stimme einer kleinen Partei, um ein Zeichen zu setzen? Obwohl deine Stimme dann keinen Effekt auf die politischen Entscheidungen hat? Oder wählst du strategisch für eine Partei, die laut Umfragen eine Chance hat, eine Mehrheit zu bekommen? Und ignorierst, was dir nicht gefällt? So oder so, du tust deine demokratische Pflicht und kannst im Bewusstsein leben, zu einer besseren Welt beizutragen. Oder fragst du dich auch, ob das so noch glaubhaft ist? → Fortsetzung auf Seite 2

## Was steckt drin?

Lokal: Armin, lass et!	2
Lokal: Kommentar zum Thema „Nachverdichtung“ • Bundesweiter Mietenstopp und Mietendeckel	3
Lokal: Was von der Livemusikkultur noch übrig ist • Denkmal der Schande • Protestkultur in Aachen	4
Lokal: Sponti?! - Basics für selbstorganisiertes Demonstrieren	5
Geschichte & Gegenwart: Die Studierenden im 3. Reich	6
Lokal: Es gibt (k)ein ruhiges Hinterland • Über den Umgang mit Triggerwarnungen	7
Feminismus: Infografik zu Abtreibungen	8
Feminismus: Catcallsofaachen • Kommentar zum Muttertag	9
Versammlungsgesetz NRW: Interview	10
Buchrezension: Mühlen der Zivilisation • Antifa NRW	11
Internationalismus: Zapatistas	12
Festung Europa: Alarmphone • Urbanisierung • Pushed Back	13
Horoskop • Mikeschs Tipps und Tricks • Sudoku • Über uns • Spendenaufruf	14

Am Morgen des 26. Mai entdeckten Passant\*innen in den Dünen von Blériot bei Calais ein selbstgebautes Ruderboot. Der Rumpf und ein Ruder waren aus Stöcken und Zellophan gefertigt worden. Eine Lokalzeitung wies in ihrem Bericht darauf hin, dass es sich tatsächlich um dasselbe Material gehandelt habe, das üblicherweise als Frischhaltefolie verwendet wird. Improvisierte Boote oder Schwimmhilfen sind nicht die Regel, wenn Geflüchtete per Boot nach Großbritannien übersetzen. Aber sie zeigen, wie sehr manche von ihnen entschlossen sind, die letzte Etappe ihrer Reise notfalls unter Einsatz ihres Lebens zurückzulegen.

In Deutschland kaum registriert, ist eine neue maritime Migrationsroute entstanden, deren Dynamik von Jahr zu Jahr zunimmt.

Als das Zellophanboot entdeckt wurde, hatten seit Jahresbeginn bereits über 3.000 Geflüchtete den Ärmelkanal in Booten überquert. Kurz danach sollten innerhalb von fünf Tagen weitere 700 folgen. In Deutschland kaum registriert, ist eine neue maritime Migrationsroute entstanden, deren Dynamik seitdem von Jahr zu Jahr zunimmt: Im vergangenen Jahr waren es 8.500 Personen gewesen, davor knapp 2000 (2019)

## Channel crossings

Die Bootspassagen von Geflüchteten über den Ärmelkanal nehmen zu. Die britische Regierung nutzt sie für eine Verschärfung des Asylrechts



Schlauchboot an einem Strand bei Calais im Januar 2019.

(Bild: Julia Druelle)

und etwa 300 (2018). In der Hälfte dieses Jahres erreichten ungefähr doppelt so viele Channel crossers ihr Ziel als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der größere Teil der Passagen wird von professionellen Schmugglern angeboten, ein kleinerer Teil erfolgt selbstorganisiert, setzt aber Zugang zu seetauglichem Equipment voraus, dessen Handel in der Region stark über-

wacht wird.

### Bootspassagen als Ausweg

Bis zum Oktober 2018 waren Verstecke in Lastwagen, seltener auch auf Zügen, die meist genutzte Fluchtmethode von Calais, Dunkerque und anderen Orten nach Großbritannien. Allerdings hatte der Ausbau der Verkehrsknoten-

punkte zu regelrechten Hochsicherheitszonen diesen Migrationspfad immer weiter verschlossen; die Camps wuchsen an, Verteilungskonflikte unter den Geflüchteten nahmen zu und der Markt für professionelle Schleusungen weitete sich aus.

Nicht selten campierten die Menschen monatelang, manchmal länger als ein Jahr, in Gebüsch, auf Brachgebieten, teils auch auf blankem Asphalt, suchten nachts Zugang zum Lastkraftverkehr und waren tagsüber einem zermürbenden Räumungsdruck ausgesetzt. Die Bootspassagen stellen vor diesem Hintergrund eine Alternative dar. Die Chance, britisches Hoheitsgebiet zu erreichen, liegt bei etwa 50 % oder höher. Verhindern die französischen Behörden das Ablegen eines Bootes oder kommt es im französischen Hoheitsgewässer zum Schiffbruch, ist ein erneuter Versuch möglich. Die Wahrscheinlichkeit, während der Bootspassage zu sterben, ist geringer als beim Verstecken in einem Lastwagen.

Gleichwohl ist der Ärmelkanal wegen starker Strömungen, geringer Wassertemperatur und des starken kommerziellen Schiffsverkehrs ein gefährliches Gewässer. Bislang starben dreizehn Menschen während oder im Zusammenhang mit einer Bootspassage (Stand: 1. Juni 2021).

→ Fortsetzung auf Seite 12

## Ein Jahr Tacheles

Auch wenn es nicht ganz auf den Monat genau ist: Dies ist die einjährige Jubiläumsausgabe der Tacheles! Bei der ersten Ausgabe lief vieles noch ganz anders als jetzt – zum Beispiel haben wir da noch mit dem ganzen Redaktionsteam alle Texte gemeinsam durchgelesen und redigiert. Good old ineffective times. Ganz zu schweigen von den vielen vielen Stunden, die wir mit Diskussionen über den Namen verbracht haben. Nach wie vor sind wir herbe begeistert von unserer Zeitung – Hater und Neider behaupten zwar, diese wäre nur Selbstbeweihräucherung und ein Produkt des Geltungsdrangs von gelangweilten Bildungsbürger\*innenkindern. Aber wir wissen, dass wir in Wahrheit die Revolution in Aachen und der Welt ein gigantisches Stück weitergebracht haben und dass es allein unser Verdienst sein wird, wenn in den nächsten Jahren die Weltrevolution ausbricht und wir ein gutes Leben für alle erkämpfen! Aber großenwahnsinniges Geschwafel mal beiseite: uns war es bei der Gründung der Zeitung wichtig, linke Themen ein wenig breiter zugänglich zu machen und auch mal Menschen außerhalb unserer gewohnten Kontexte zu erreichen. In vielerlei Hinsicht hat das auch geklappt – wir freuen uns zum Beispiel ganz besonders, dass wir mittlerweile schon einige Gastbeiträge und Interviews hatten! Trotzdem bleibt Luft nach oben: zum Beispiel, was Diskussionen und Debatte angeht. Wir würden uns eigentlich sehr über mehr (auch kritische) Leser\*innenbriefe oder Feedback freuen. Davon erreicht uns nämlich bisher verhältnismäßig wenig (bis auf Beschwerden, dass das Kreuzworträtsel zu schwer ist – wir arbeiten dran!). Umso mehr freuen wir uns über jede Mail, die uns erreicht! Um ein bisschen mehr in den Austausch zu gehen, wollen wir jetzt zu jeder neuen Ausgabe eine Diskussionsveranstaltung machen, wo dann über einen oder mehrere Texte geredet wird. Erstmal online, später im Jahr dann hoffentlich auch mal in Präsenz. Wir freuen uns über alle, die kommen! Was ist sonst noch so passiert in der Redaktion? Wir haben uns ein bisschen besser strukturiert, sind aber immer noch ein ziemlich verpeilter Haufen. Wir haben unsere Liebe für Interviews entdeckt und gelernt, dass es das Wort „redaktionieren“ nicht gibt. Und wir haben es immer noch nicht geschafft, uns eine maschinelle Faltung zu organisieren und falten weiterhin per Hand – für mehr reicht das Gehalt von der BRD GmbH leider noch nicht. Also gebt uns eure Kohle jaaa.

## Kommentar Armin, lass et!



Armin Laschet ist irgendwie komisch.

(Bild: Privat)

Wir als Aachener\*innen sind ja schon so einige Peinlichkeiten gewohnt: Sei es das unwitzige Fremdscham-Event „Wider den tierischen Ernst“, die jährliche Pilgerfahrt von Segelschuh- und Bermuda-Shorts tragenden Snobs in die Soers zum CHIO oder die benachbarte Alemannia Aachen, die in einem gigantischen, leeren, gelben Klotz in der vierten Liga dahingevegetiert. Aber dieser Tage ist es besonders hart – und der Übeltäter ist niemand anderes als der frischgebackene Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet.

Die Studierenden der RWTH haben sich wahrscheinlich nach der Verkündung seiner Kanzlerkandidatur schlappgelacht, schließlich ist Laschet dort nur noch als „Würfel Armin“ bekannt, nachdem er bei seiner Lehrtätigkeit einen Batzen Klausuren verlor. Ob Armin die Klausuren beim Saufen mit anderen „Alten Herren“ seiner katholischen Studierendenverbindung im Domkeller verloren hat oder diese tatsächlich auf dem Postweg abhanden kamen, bleibt unklar. Jedenfalls hatten danach 35 Studierende eine Note bekommen, obwohl nur 28 an der Klausur teilgenommen hatten. Aber man muss es ja nicht so eng sehen mit dem Armin. Ist doch eigentlich ganz niedlich, diese tollpatschige Art, sich ins Fettnäpfchen zu manövrieren. Wie zum Beispiel bei dem Maskenauftrag an eine Modefirma, den Armins Instagram-Model-Sohnemann in die Wege geleitet hat. Man wittert schon den nächsten Korruptionsskandal, doch muss man auch in dieser Angelegenheit nachsichtig sein. Schließlich musste Armin sich schon genug darüber ärgern, dass die sündhaft teuren Masken für die NRW-Polizei aus einfachem Stoff und dank ihres geringen Schutzes gar nicht zu gebrauchen waren. Der Armin war halt wieder ein bisschen unbeholfen, da kann man ja mal ein Auge zudrücken. Nur ein Auge zuzudrücken reicht allerdings nicht mehr, wenn man sich ansieht, wen Armin am liebsten in sein Kabinett holen möchte. Allen voran sei da Nathanael Liminski zu nennen. Liminski kommt aus einer erzkatholischen Familie und ist Mitglied des ultrakonservativen, katholischen Geheimordens „Opus Dei“. Das sind dieselben Kleriker, mithilfe derer sich der spanische Faschistengeneral Franco ab 1936 an die Macht putschte, die 1973 in Chile den Diktator Pinochet maßgeblich unterstützten und die bis heute in 69 Ländern ihre reaktionären Botschaften verbreiten. In dieser Tradition steht auch Liminskis Familie. Sein kürzlich verstorbener Vater, Jürgen Liminski veröffentlichte zahlreiche Artikel in der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und war Mitglied der AfD. Wenn es nach Armins Best-Buddy Liminski ginge, wäre bald nicht nur jegliche Form der Abtreibung verboten, sondern auch gleich Sex vor der Ehe. #wegenmittelalter statt #wegenmorgen wäre wohl das geeignetere Wahlkampfthema der CDU. In Sachen Realpolitik brillierte Laschet bereits mit seinem „Brückenlockdown“. Woher diese grandiose, ausgefeilte Idee kam, lässt sich nur spekulieren. Es

ist aber nicht unwahrscheinlich, dass passend zur besinnlichen Osterzeit im Wohnzimmer des ehemaligen Chorknabens „Herr gib mir Mut zum Brückenbauen“ vom Wilhelmshavener Kammerchor lief und Pontifex-Armin dies als eine überirdische Weisung missinterpretierte. Auch wenn man sich dank des rheinischen Dialekts direkt heimisch fühlt, letztendlich steht Laschet für die gleiche konservative Politik wie der Rest seiner Partei. Als Ministerpräsident mit seinem Innenminister Reul zeigte er zuletzt mit einem neuen Versammlungsgesetz, wohin die Reise gehen soll.

Man möge Herrn Laschet das gleiche Schicksal wünschen, wie dem letzten Kanzlerkandidaten aus der Region: Der nette Buchhändler aus Würselen versank nämlich gnadenlos in der Bedeutungslosigkeit.

### Diskursiv Aachen

→ Fortsetzung von Seite 1: Wir haben keine Wahl

#### Funktioniert dieses Modell von Demokratie?

Die Geschichten unserer Groß- und Urgroßeltern oder von Freund:innen aus dem Rest der Welt führen uns deutlich vor Augen, wie wertvoll unsere Demokratie ist. Gleichzeitig erinnert uns die Geschichte auch daran, dass mal eine gerechtere Gesellschaft in greifbarer Nähe war. Was wäre gewesen, wenn die SPD 1918 nicht all die Menschen hätte niedermetzeln lassen, die sich in München, Bremen, Berlin oder im Ruhrgebiet für Rätepolitik eingesetzt haben? Was wäre, wenn die Alliierten in Westdeutschland nach 1945 nicht die Entnazifizierung abgebrochen hätten? Was wäre, wenn seit dieser Zeit die eigentliche Bedeutung von Demokratie ernster genommen worden wäre? Was wäre, wenn man damals beschlossen hätte, uns schon in der Schule Diskussionskultur und Solidarität beizubringen, statt Konkurrenzkampf? Zu was wäre unsere Gesellschaft alles fähig?

#### Geschichten von Groß- und Urgroßeltern oder Freund:innen aus dem Rest der Welt zeigen, wie wertvoll unsere Demokratie ist.

Schließlich bedeutet Demokratie übersetzt „Volksherrschaft“. Eine konsequente Vorstellung von Demokratie geht also davon aus, dass die Menschen selbst am besten wissen, was sie brauchen. Die Bevölkerung würde gemeinsam entscheiden können, Probleme durch Diskussionen lösen und nicht nur wählen, wer sie beherrscht. Natürlich funktioniert diese Vorstellung nicht in einem Gebiet mit der Größe eines Staates wie Deutschland. Es wäre absurd zu denken, dass sich so viele Menschen mit so unterschiedlichen Lebensbedingungen alle für

die gleichen Regeln, Versorgungsmodelle und Gemeinschaftsformen entscheiden würden, wenn sie könnten. Solche Ideen funktionieren nur bis zu einer gewissen Gruppengröße und auf eine Region begrenzt. Wäre Demokratie eine „Volksherrschaft“, würden also selbst gewählte Gruppen selbstverwaltet nebeneinander existieren und alle Berührungspunkte in Räten über Delegierte solidarisch aushandeln.

Der Vergleich zu dieser radikalen Interpretation führt uns vor Augen, wie wenig demokratisch unser heutiges System ist. Wenn man ehrlich ist, werden wir von Menschen regiert, die wir nicht ausgesucht haben, mit Gesetzen bevormundet, auf die wir keinen Einfluss haben und mit der Möglichkeit, wählen zu gehen, getröstet. Dass wir uns das so gefallen lassen, ist erstaunlich. Schließlich wirkt es geradezu lächerlich, dass nur ein Kreuzchen alle vier Jahre

#### Die jetzige Form der Demokratie trägt dazu bei, heutige Herrschaft und Ungerechtigkeiten zu zementieren.

die Meinung eines Menschen repräsentieren soll. Sobald das Kreuzchen gesetzt ist, gibt es so gut wie keine Möglichkeiten auf Politiker:innen Einfluss auszuüben. Falls du selbst Politiker:in werden willst, musst du dich erst mal beweisen und hocharbeiten, bis deine Stimme anerkannt wird. Unerreichbar für alle ohne hohe Abschlüsse, Titel und Kontakte zu anderen einflussreichen Menschen. Formen direkter Demokratie, wie z.B. ein Volksentscheid sind nur für Gruppen mit viel Geld und Zeit möglich. Demonstrationen und sonstige öffentliche Meinungsäußerungen werden meist ignoriert oder kleingehalten. Das beste Beispiel hierfür ist die Ignoranz seitens der Regierungsparteien gegenüber der FridaysForFuture-Generation und ihren Forderungen. Tausende Demos, hunderte Tausende unbezahlte Arbeitsstunden, unzählige wissenschaftliche Statements können in unserer Demokratie einfach übergangen werden. Allerdings wird nicht nur die Klimabewegung von der Regierung übergangen, sondern fast alle sozialen Bewegungen. Forderungen und Klagen aus der Bevölkerung werden kaum berücksichtigt. Im Gegensatz dazu finden die Lobbys der Unternehmen immer ein offenes Ohr. Das Stellvertreter:innenprinzip wird durch dieses Verhältnis ad absurdum geführt. Die jetzige Form der Demokratie trägt mehr dazu bei, heutige Herrschaft und Ungerechtigkeiten zu zementieren, statt sie abzubauen und aufzuteilen.

Während wir technisch in Zeiten von permanenter Revolution leben, herrscht gesellschaftlich-politisch Stagnation. Wohn- und Arbeitsbedingungen werden schlechter, die soziale Spaltung größer und die Umweltzerstörung immer auffälliger. Mit marxistischen Worten: Wir leben in einem Klassenkampf von oben nach unten. Besonders während Corona war das unübersehbar: Obwohl uns das Virus schmerzlich die Schwächen einer privatisierten Gesundheitsversorgung vor Augen geführt hat, wird nicht am gewinnmaximierenden Modell gerüttelt. Die großen Unternehmen wurden mit Milliarden Steuergeldern gefördert, obwohl sie alle Gewinn gemacht haben. Gleichzeitig wurde Hartz4-Bezieher:innen nicht mal 100 Euro mehr gegönnt, trotz steigender Lebenshaltungskosten. Die Bevölkerung musste sich an die Ausgangssperre halten, während Unternehmen nur vorsichtig nach Hygienemaßnahmen gefragt wurden. Trotz Massenentlassungen und Lohnausfall hat die Regierung Mieter:innen keinen extra Schutz gewährt. Von Mieterhöhung bis zur Zwangsäumung war alles den gesamten zweiten Lockdown möglich. Während durch all das, das Vermögen der Reichsten wächst, geraten immer mehr Menschen in Armut. Sie fühlen sich zurecht nicht wahrgenommen, von den etablierten Parteien vergessen und ihre Interessen von keinem vertreten. Letztendlich geht dadurch das Interesse an Politik und gesellschaftliches Verantwortungsgefühl verloren.

Die etablierten Parteien haben deutlich gemacht, dass sie nicht bereit sind, über grundlegende Veränderungen in ihrem Politikstil nachzudenken. Das neue CDU-Wahlprogramm ist der beste Beweis. Da linke Parteien es bisher nicht geschafft haben, diese Lücke auszufüllen, war der große Gewinner bisher die AfD. Weil bis heute in der Schule kaum über Alternativen zur heutigen Demokratieform gesprochen wird, existiert für viele Menschen nur die Vorstellung, dass eine starke Führungspartei alles ändern kann. Wie undemokratisch diese Tendenz ist, spiegelt sich im Ergebnis wider. Statt einer Protestpartei ist die AfD eine rechtsextremistische Partei, die die für Demokratie notwendige Vielfalt und Diskussionskultur zerstören statt stärken möchte.

#### Wie kann sich das ändern?

Was für Lehren ziehen linke Bewegungen, also Gruppen und Organisationen, die sich für eine solidarische, gerechte Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung einsetzen, aus dieser Entwicklung? In den letzten Jahren konnten wir beobachten, wie einige Aktivist:innen v.a. aus der Klimabewegung in Parteien eingetreten sind oder Wahlkämpfe wie z.B. von Sybille Keupen unterstützt haben. Es lässt sich festhalten, dass die Forderungen z.B. der Grünen oder der Linken dadurch stellenweise weitreichender geworden sind. Die grundsätzlichen Probleme unserer Demokratie wurden jedoch nicht entschärft. Besonders zu den abgehängten Menschen ist zu wenig Kontakt entstanden, wenn wir von unseren Beobachtungen in Aachen ausgehen. Umso wichtiger, dass linke Bewegungen genau dabei ansetzen.

Es liegt an uns, zu zeigen, dass Demokratie viel mehr sein muss, als Kreuzchen setzen. Wir müssen da sein, wo Parteien nicht hingehen und diejenigen ansprechen, die sonst nie gefragt werden. Unsere Forderungen und Strategien müssen nachvollziehbare Antworten auf soziale Fragen bieten, solidarische Gemeinschaft schaffen, Diskussionskultur etablieren und gleichzeitig eine Vision einer gerechteren Gesellschaft eröffnen. Wir müssen ein Experimentierfeld sein für Formen des Zusammenkommens und gemeinschaftlicher Entscheidungsfindung. Anstatt uns mit unseren Forderungen an Parteipolitiker:innen abzuarbeiten, sollten wir uns darum bemühen, Organisationen mit Vorbildcharakter aufzubauen. Organisationen, die direkte Demokratie, Solidarität und sozialen

#### Es liegt an uns, zu zeigen, dass Demokratie viel mehr sein muss, als Kreuzchen setzen.

Fortschritt in sich vereinen. Die genug gesellschaftliche Wirkung entfalten, um Forderungen und Ideen von unten durchzusetzen. Wenn wir mehr Demokratie wollen, müssen wir den Prozess dahin anstoßen. Unser aktuelles Lieblingsbeispiel, dass diesen Ansprüchen am nächsten kommt, ist die Berliner Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“. Andere Inspiration liefern uns Basis- und Mieter:innengewerkschaften, Nachbarschaftsräte oder selbstverwaltete Räume. Ihre Geschichte und die Notwendigkeit ihrer Existenz erinnert uns daran, dass man grundlegende soziale Verbesserungen erkämpfen muss und nicht geschenkt bekommt. Sei es der 8-Stunden-Tag, das Wahlrecht der Frau, die Entkolonisierung oder die Demokratie selbst.

### Diskursiv Aachen



Infostand in Aachen.

(Bild: Diskursiv Aachen)

## Kommentar

# Zum Thema „Nachverdichtung“

## Eine kritische Perspektive auf die aktuellen Diskussionen um Nachverdichtung und Wohnungsnot



Nachverdichtung im Ostviertel: Rechts alte Arbeiter:innenhäuser mit Garten, links privates Studierendenwohnheim. (Bild: Recht auf Stadt Aachen)

Um die eklatante Wohnungsnot in Aachen zu verringern, setzt die Stadtregierung hauptsächlich auf Neubauten. Langfristig soll dadurch der Druck vom Wohnungsmarkt genommen werden und die Mietsteigerungen abflauen. Obwohl der Erfolg nicht bewiesen und die gesamte Strategie hoch umstritten ist, wird Neubau weiterhin stärker fokussiert als mögliche Veränderungen im Bestand. Da die Fläche der Stadt bis in die Außenbezirke fast vollständig bebaut ist, muss in Nachbarschaften nach Bauland gesucht werden - es kommt zur sogenannten Nachverdichtung. Baulücken, Leerstand oder Hinterhöfe kommen dafür in Frage. Die bisherigen Maßnahmen zur Nachverdichtung stehen beispielhaft für die politische und gesellschaftliche Lage in Aachen.

Die Stadt Aachen hat unter der CDU-Regierung verdeutlicht, was Nachverdichtung und neoliberale Stadtplanung von oben nach unten bedeuten. So wurde es in vielen Fällen Investor:innen ermöglicht, unter dem Deckmantel der „Notwendigkeit von Nachverdichtung“, ausschließlich hochpreisigen Wohnraum zu bauen. Dazu gehören die Mephisto-Höfe oder der Schweden-Park im Frankenberger Viertel, am Karlsgraben 12 oder die Benediktinerhöfe in Burtscheid usw. Die Liste an Luxusbauprojekten ist lang<sup>1</sup>. Darüber hinaus ließ die Stadt es zu, dass 40 % des Neubaus aus Mikroappartements besteht. Für diese 26 qm kleinen Zellen, die überwiegend an Student:innen vermietet werden, können die höchsten Mietpreise gefordert werden. Die Statistiken zeigen, dass in den vergangenen Jahren der Anteil an Wohnungen mit Mieten über 10€ pro qm am stärksten zunahm<sup>2</sup>. Dass gleichzeitig kaum Sozialwohnungen gebaut wurden und mit jedem dieser Bauprojekte eine Chance vergeben wurde, die Wohnungsnot zu lindern, wurde nicht öffentlich thematisiert. Dabei haben fast die Hälfte aller Haushalte in Aachen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein!

Solange aber der Wohnungsmarkt die Bedürfnisse dieser Menschen nicht vollständig abdeckt, sollten neue Projekte ausschließlich bezahlbaren Wohnraum schaffen. Trotz der Flächenknappheit gingen die meisten Wohnungsbauprojekte der Stadt in den vergangenen Jahren also völlig am Bedarf vorbei. Die bis heute ungebremsten Mietsteigerungen sind durch diese Fehlentwicklung angeregt statt verlangsamt worden. Insgesamt macht die Entwicklung unter der CDU-Regierung den Eindruck, dass das Argument „Nachverdichtung“ nur dazu dienen würde, Investor:innen die letzten attraktiven Flächen zu überlassen. Jedes dieser Bauprojekte belegt in unseren Augen allzu deutlich, für wen hier eigentlich Politik gemacht wird. Die Konsequenz dieser Entwicklung ist, dass heute in Aachen 46 % aller Haushalte mehr als die empfohlenen 30 % des Einkommens für Miete ausgeben müssen – damit steht Aachen bei der Mietbelastungsquote bundesweit an 4. Stelle<sup>3</sup>. Dort, wo Anwohner:innen sich gegen den Neubau von Spekulationsobjekten gewehrt haben,

wurden sie gemeinsam von der Stadt und den Investor:innen mit einem „Beteiligungsprogramm“ solange hingehalten, bis die Aufregung verflogen war. Diese Strategie war fast immer erfolgreich. Im Fall der Luisenhöfe, im Hinterhof der Südstraße, haben sich die Anwohner:innen jedoch längerfristig organisiert. Sie wollen die dortigen Nachverdichtungspläne beeinflussen und ein soziales und ökologisches Vorbildprojekt entstehen lassen. Trotz großer Unterstützung und Solidarität aus der Bevölkerung stieß ihr Anliegen auf wenig Gegenliebe bei der Stadt und den Investor:innen. Bei den letzten Gesprächen war der Tenor: Wenn die Anwohner:innen schon mitgestalten wollen, sollten sie doch ein Stück der Fläche kaufen. Seitdem gibt die Verwaltung keine Informationen mehr preis. Wer es sich nicht leisten kann, kann in Aachen auch nicht mitreden.

Dieser Eindruck entsteht auch im Rest der Stadt. In Stadtteilen wie Aachen-Ost, Aachen-Nord oder Forst wurde Nachverdichtung quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit betrieben, ohne dass die Öffentlichkeit etwas davon mitbekommt. Für wen die Wohnungen gebaut werden oder wie sich die Baumaßnahmen auf das Umfeld auswirken könnten, bleibt offen. Zum Beispiel wurde in Aachen-Ost ein privates Studierenden-Wohnheim direkt an Gärten gebaut. In Aachen-Nord wurde eine leere Fabrik zu einer Mini-Gated Community ausgebaut. Beide Male ohne Protest aus der Nachbarschaft. Wir vermuten, das liegt nicht daran, dass es den Anwohner:innen egal ist, sondern daran, dass in diesen Nachbarschaften überdurchschnittlich viele Menschen mit sozialen Problemen zu kämpfen haben. Wer mit Armut, Schulden, schlechten Arbeitsbedingungen, Rassismus oder schwierigen Familienverhältnissen zu kämpfen hat, hat selten noch die Kraft, sich für eine gerechte Stadtteilentwicklung einzusetzen. Unsichere Arbeitsverträge, steigende Mieten, steigende Ticketpreise oder fehlende Investitionen im Sozialbereich etc. haben diese Situation in den letzten Jahren noch verschärft. Bei den aktuellen Diskussionen um „Beteiligung“ in Aachen, z.B. rund um das „Öcher Lab“ oder das „Bürgerforum“, werden diese Erkenntnisse leider nicht miteinbezogen.

Dafür werden die lokalpolitischen Diskussionen zu stark von Menschen dominiert, die von solchen Problemen nicht betroffen sind. Hierfür bezeichnend sind die Diskussionen um die Bauprojekte in Richterich-Dell, am Tuchmacher viertel in Brand, in der Nizzaallee am Lousberg oder aktuell in der Beverau. Einem der wohlhabendsten und grünsten Viertel Aachens. Im Moment wird dort über die geplante Geschosshöhe eines Neubaus am Brander Hof gestritten. Hier hat sich die Stadt tatsächlich einmal um eine kooperative Wohngemeinschaft bemüht, doch einzelne Anwohner:innen wollen nicht, dass ihre Aussicht verbaut wird. Der Stil des Neubaus passe nicht zu den umliegenden Einfamilienhäusern. Diese Argumente finden sich auch am Lousberg, in Brand und Richterich. Dass

eine ansprechendere Architektur auch für mehr bezahlbaren Wohnraum geschaffen werden sollte, wurde dagegen noch nirgends gefordert. Der kleinbürgerliche Egoismus scheint größer zu sein als das Bewusstsein für Solidarität, die eigenen Privilegien und soziale Probleme in der Stadt. Da jedoch wohlhabende Menschen genug Zeit und Kapazitäten haben, um Vereine zu gründen und sich über Jahre zu engagieren, wird ihre Stimme gehört. Schon die Zeitungen AZ/AN schenken solchen Bürger:innen-Initiativen viel mehr Aufmerksamkeit, als den Problemen marginalisierter Gruppen. Schließlich stammen vermutlich die meisten ihrer Leser:innen aus dem gleichen bürgerlichen Milieu. Viele andere Gruppen können sich die Zeitungen gar nicht leisten. Da die Bürger:innen-Initiativen sich nicht mit diesen Gruppen solidarisieren, verhält selbst ihr Protest trotz aller Vorteile oft ohne Erfolg. Sei es am Lousberg oder in Brand:

Wer nur mit der eigenen Aussicht argumentiert, trifft auf wenig Verständnis. Würde man den eigenen Kampf zum Wohl der gesamten Stadt führen, könnte über die Stadtteile hinweg Solidarität entstehen. Druck auf die Politik aufzubauen, wäre dann ganz neu denkbar. Am Thema Nachverdichtung lässt sich also sehr gut aufzeigen, wer in unserer Stadtgesellschaft mitreden kann und wer nicht. Wer gehört wird und wer nicht. Wem die Stadtverwaltung bisher entgegenkam und wem nicht. Für wen gebaut wird und für wen nicht. Für wen die Stadt in Zukunft da sein soll und für wen nicht. Woran es in der Bevölkerung untereinander fehlt, um unsere Lebensbedingungen gemeinsam zu bestimmen. Welche Möglichkeiten uns offenstehen, eine bessere Zukunft für alle aufzubauen.

Recht auf Stadt Aachen

<sup>1</sup> Siehe auf der Website: [www.RechtaufStadt-Aachen.de](http://www.RechtaufStadt-Aachen.de) → Aachen Bausünden in Aachen → interaktive Karte

<sup>2</sup> Wohnungsmarktberichte der Stadt Aachen

<sup>3</sup> Das Haus (2019): Mietbelastung: In diesen deutschen Städten schmerzen die Mieten am meisten



### Denn Dein Zuhause steht auf dem Spiel!

Die Mieten werden trotz Corona weiter erhöht. Während dadurch die Gewinne der Immobilienunternehmen steigen, steigt die Belastung für Mieter:innen. In den Städten, aber auch in ländlichen Gebieten. Selbst für Wohlhabendere wird die Wohnungssuche immer schwerer. Bei den hohen Mieten bleibt für viele kaum noch genug für ein gutes Leben. Alle, die sich die neuen Mieten nicht leisten können, werden aus ihren Nachbarschaften verdrängt und verlieren ihr gewohntes Umfeld. Das Armutsrisiko steigt und die soziale Spaltung schreitet immer schneller voran. Das muss aufhören! Die Mieten sind zu hoch!

Deswegen fordern wir einen bundesweiten Mietenstopp und einen Mietendeckel für mindestens 6 Jahre!

Die Mieten dürfen nicht mehr erhöht werden (Mietenstopp) und überhöhte Mieten müssen

gesenkt werden (Mietendeckel)! Damit hätte die Gesellschaft genug Zeit, um langfristige Lösungen für die Wohnungsnot zu finden.

Laut einem neuen Gerichtsurteil hat nur die Bundesregierung die Macht, diese Entscheidungen zu treffen. Die Unterstützung dafür hätten sie auch. Umfragen nach befürwortet eine Mehrheit von 61 % der Bevölkerung einen Mietendeckel. Trotzdem weigern sich die Regierungsparteien, allen voran die CDU. Deswegen müssen wir Mieter:innen den Druck auf die Regierung erhöhen. Bei der Bundestagswahl im September muss klar sein, dass keine Partei unterstützt wird, die sich nicht konsequent für die Rechte der Mieter:innen einsetzt.

Informiert euch bei der Kampagne [Mietenstopp.de](http://Mietenstopp.de) oder unter [RechtaufStadt-Aachen.de](http://RechtaufStadt-Aachen.de).

Erzählt es eurer Nachbarschaft und werdet gemeinsam aktiv!

**Für bezahlbare Wohnungen für alle!**

## Protestkultur in Aachen

**23. Juni:** Menschen vom Lützerath Support Aachen organisieren einen Infostand zum Thema Klimagerechtigkeit und Braunkohle am Geldbrunnen.

**21. Juni:** Ein „Krieger-Denkmal“ in Laurensberg wird verschönert.

**19. Juni:** Recht auf Stadt ist in Aachen unterwegs und verteilt in über 60 Läden Plakate zur Unterstützung der Forderung nach Mietstopp und Mietendeckel.

**19. Juni:** Zum Auftakt der NoLager-Aktionswoche demonstrieren rund 50 Menschen mit der Seebücke Aachen für einen würdevollen Umgang mit Geflüchteten auf dem Marktplatz. Sie fordern die menschenwürdige Unterbringung der Geflüchteten und die Auflösung von Lagern.

**18. Juni:** Am Super C veranstalten Menschen eine Kundgebung gegen die türkische Invasion in Südkurdistan, dort werden Menschen aus ihren Dörfern vertrieben und Regionen von Drohnen bombardiert.

**12. Juni:** Großer Gegenprotest „Kein Platz für Querdenken in Aachen“ am Eisenbrunnen.

**06. Juni:** Aktionstag „Gira por la Vida – Reise für das Leben“: Im Hambi wird ein zapatistisches Fest mit Soli-Kaffee der Zapatistas aus Chiapas und Infos zu ihrer Reise durch Europa veranstaltet.

**06. Juni:** Dorfspaziergang und Fahrradfahrt in den Dörfern am Tagebau Garzweiler. „Das alles hier will RWE platt machen! Aber unser Widerstand ist groß und bunt!“ schreiben die Aktivist\*innen.

**29. Mai:** Kundgebung am Eisenbrunnen für grenzenlose Solidarität. Es wird gegen Abschiebungen nach Afghanistan und für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in Afghanistan und überall demonstriert.

**23. Mai:** Fahrraddemo gegen das Versammlungsgesetz NRW mit ca. 100 Menschen, die lautstark durch die Stadt radelten.

**19. Mai:** Demo gegen das Versammlungsgesetz NRW und polizeiliche Überwachung startet am Eisenbrunnen und zieht mit ca. 70 Menschen durch die Innenstadt. Das Motto: „Ungehorsam, elegant. Der pinke Block bleibt unerkannt!“

**18. Mai:** Ende Gelände Aachen sagt: „Shell must fall“. Damit schließen sie sich einem Aktionstag an, stehen mit Bannern vor einer Tankstelle und fordern: „Fossilen Kapitalismus überwinden, dezentrale und demokratische Energieversorgung jetzt, die Zeit von Energiekonzernen wie Shell oder RWE ist vorbei!“

**17. Mai:** Die Gruppe Knit & Agitate macht auf den internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit aufmerksam.

**17. Mai:** Stencil Graffiti mit Bezug zu Migration tauchen im Stadtbild auf. „Refugees Welcome“, „Evacuate Moria“ und „Leave no one behind“ sind die Aussagen.

→ Fortsetzung auf Seite 5

# Was von der Livemusikkultur noch übrig ist

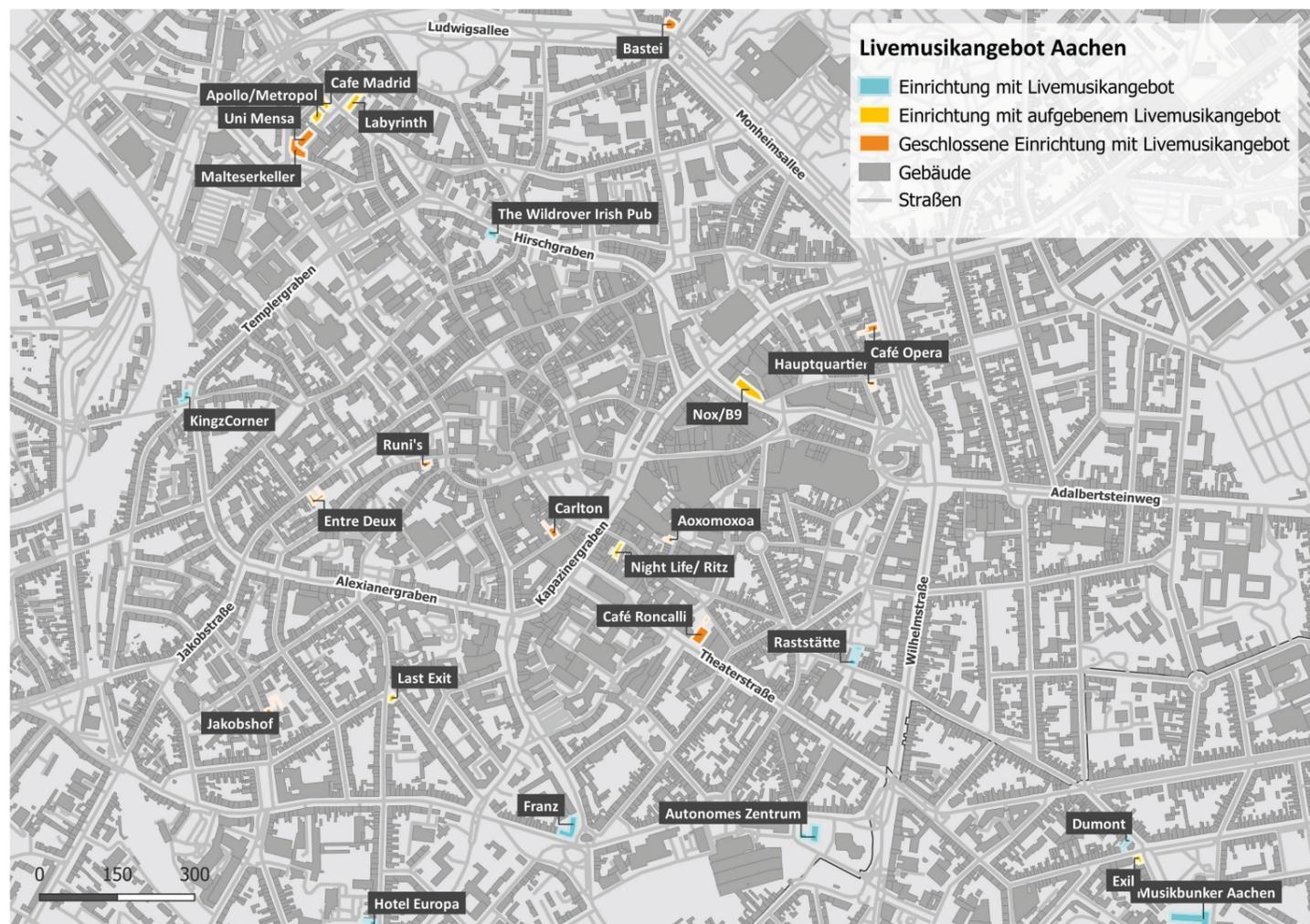
## In Aachen gibt es immer weniger Orte, an denen Livemusik gespielt wird – anstatt Kultur zu fördern glänzt die Stadt Aachen vor allem mit Untätigkeit

In Aachen ist die Livemusik vom Aussterben bedroht. Clubs wie der Jakobshof, der Malteserkeller, das Aoxomoxoa und viele weitere mussten dichtmachen. Sie gerieten, wie viele weitere, durch heranrückende Bauprojekte, Gentrifizierung und wirtschaftlich lukrativere Nutzungen unter Druck und mussten schließlich weichen. Überlebt haben in Aachen lediglich 8 Clubs mit regelmäßigem Livemusikangebot, was bei 40.000 Studierenden und 260.000 Einwohnern einfach zu wenig ist. Die einstige Regelmäßigkeit, mit der Liveveranstaltungen in diesen Clubs zu sehen waren, vermisst man stellenweise immer mehr. Dabei sind Livemusikclubs Nährboden, Experimentierfeld und Ausdrucksort für großartige Künstler\*innen von morgen. Die Clubs bieten einen Raum, in dem neue Musik vor Publikum ausprobiert

wird, wo Bühnenperformances geübt werden und ganz allgemein der Nachwuchs gefördert werden kann. Außerdem entwickeln sich rund um Livemusikclubs subkulturelle und urbane Szenestrukturen. Bei Gesprächen mit Aachener Kulturschaffenden stellte sich heraus, dass der Grund für die rückläufige Entwicklung nicht die schwindende Lust auf Livemusik ist. Ständig neue Auflagen von der Stadt, eine etablierte Umsonstkultur und damit verbundene Diskussionen über Eintrittspreise, sinkende Besucherzahlen, sowie Anwohnerbeschwerden setzen die Betreiber\*innen unter Druck. Für viele von ihnen sind Livemusikveranstaltungen so nicht mehr rentabel. Von der Stadt fühlt man sich alleingelassen: „Ich habe die Kulturpolitik in Bezug auf freie Spielstätten für Rock, Pop oder Jazzmusik als wenig förderlich empfunden.“, so

ein Aachener Kulturschaffender, der namentlich ungenannt bleiben möchte. Klarer Wunsch der Kulturbetreiber\*innen ist eine städtische Förderung, die nicht weiter auf Bedürftigkeit ausgelegt ist, sondern schon hilft, bevor das Kind sprichwörtlich in den Brunnen gefallen ist. Konkret: finanzielle Unterstützung bei Lärmdämmung, Veranstaltungen, und Werbung. Ansonsten werden die Clubs in Aachen immer weniger und Eröffnungen neuer Clubs immer unwahrscheinlicher; damit stirbt ein Teil der kulturellen Identität dieser Stadt. Der Handlungsbedarf ist da und der Frust bei den Betreiber\*innen groß. Ein Clubbetreiber formuliert es so: „Also wer jemals auf die Idee kommt einen Club zu eröffnen, dem sage ich, lass es sein.“

Leonard Sängler



Eine Übersicht über das ehemalige und aktuelle Livemusikangebot in Aachen.

(Karte: Leonard Sängler)

## Denkmal der Schande

Gestern Abend (21. Juni 2021) ist im Aachener Stadtteil Laurensberg ein sogenanntes „Krieger-Denkmal“ verschönert worden. Dem grauen Steinbrocken aus der Zeit der Weltkriege wurden eine Pride-Bemalung und ein Auszug aus einem der lesenswerteren Abschnitte der christlichen heiligen Schrift hinzugefügt. „Krieger-Denkmal“ wie der Gesteinsklotz am Treppenaufgang der St. Laurentius-Kirche reproduzieren unkritisch Vorstellungen von „Ehre“, „Vaterland“ und Männlichkeit, die auch heute noch Unterdrückung und Gewalt begründen. Sie täuschen darüber hinweg, dass Menschen in Kriegen überwiegend sinnlos sterben und sind nicht grundlos immer wieder Schauplatz von „Heldenverehrungen“ von Neonazis. Die Aufschrift auf dem mittleren Stein lautete „Lasst uns als Männer sterben für unsere Brüder und keinen Flecken unserer Ehre anhängen.“ Weiter: „Dem Andenken ihrer 1914-1918 für das Vaterland gestorbenen Söhne die dankbare Gemeinde Laurensberg.“ An den Seiten werden Gefallene des zweiten Weltkriegs aufgeführt. Eine Doktrin dieser Art weiterhin unkommentiert zur Schau zu stellen ist untragbar. Sie ist ein Ausdruck toxischer Männlichkeit, indem

eine Bereitschaft zu Härte und der Konfliktlösung durch Gewalt unter Inkaufnahme des Todes proklamiert werden. Das Ideal der „Ehre“ dient dabei dazu, das eigene Dominanzverhalten als wertbesetzt und sittlich positiv darzustellen und beinhaltet die Aufforderung, diese Vorstellung unhinterfragt zu respektieren. Kritik läuft damit Gefahr, auch heute noch als unsittlich, weil diesem Wert entgegengesetzt, dargestellt zu bleiben. Auch in der Bekundung von Dankbarkeit kommt ein fehlgeleiteter Wert zum Ausdruck. Dankbar zeigt man sich, wenn einem etwas Gutes getan wird --wo aber liegt das Gute im Tod für einen sinnlosen Krieg? Der Irrglaube vom Vaterland und dem eigenen „Volk“ reduziert Interessensunterschiede zwischen Konfliktparteien auf die eigene individuelle Nationalität und dient dem Faschismus als ideologische Legitimation. Strategien der Konfliktlösung, die eine Alternative zu dem männlich-militaristischen Überlegenheitsdenken gewesen sein könnten bleiben indes unberücksichtigt. Auch eine andere Art des Gedenkens ist auf vielfältige Weise möglich, etwa mit Losungen wie „Die Toten mahnen haltet Frieden.“ Der im Zuge der Umgestaltung angebrachte Auszug aus der Bergpredigt erinnert

an etwas, das einer Kirchengemeinde eigentlich offensichtlich sein sollte: Auch Jesus war ein Pazifist.

„Krieger-Denkmal“ müssen umgestaltet werden. Je früher dies der Fall ist, desto besser. Wir betrachten unsere vorläufige Bearbeitung daher als einen Beitrag, Orte der Erinnerung zu schaffen, die eine Vermittlung sozialverträglicher Werte ermöglichen. Wir fordern zudem, auf eine Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands unbedingt zu verzichten, und das Denkmal entweder in seiner neuen Erscheinung zu belassen, oder auf andere Weise künstlerisch aufzubereiten. Außerdem ist eine tiefgehende, zeitnahe Auseinandersetzung und Umgestaltung weiterer Denkmäler dieser Art notwendig.

Anonyme Zusendung



„Denkmal der Schande.“

(Bild: Privat)

# Sponti?!

## Basics für selbstorganisiertes Demonstrieren



Spontandemonstration am 8. März in Aachen mit Frontbanner: „Taten statt Worte“.

(Bild: Privat)

Nach dem Ende der diesjährigen Kundgebung zum Frauenkampftag am 8. März, hatten um die 100 Menschen noch nicht genug und zogen in einer entschlossenen Demo bis hoch zur Normaluhr. Die Cops vor Ort waren sichtlich überfordert und versuchten zuerst die Gruppe aufzuhalten, denn diese Demonstration hatte niemand zuvor bei den Behörden angemeldet. Da sie nur zu dritt waren und die Demonstrierenden sich partout nicht aufhalten lassen wollten, gaben sie dieses Unterfangen relativ schnell auf und der feministische Mob konnte sich ungestört für eine halbe Stunde die Aachener Straßen nehmen.

Das ist so ziemlich das Traum-Szenario für eine Sponti, oder lang: Spontandemonstration. Sie bietet dabei viel Platz für Empowerment und kann in guten Fällen auch mehr Möglichkeiten für direkte Aktionen schaffen.

Da selbstorganisiertes Demonstrieren nicht immer so einfach und reibungslos abläuft, wollen wir nochmal auf ein paar wichtige Kleinigkeiten hinweisen. Laut Versammlungsgesetz müssen Demos oder andere Veranstaltung unter Angabe einer verantwortlichen Person (Versammlungsleitung) vorher bei den Behörden angemeldet werden. Gibt es jedoch einen spontanen Anlass oder das Stattfinden der Versammlung war 48 Stunden vorher nicht zu planen entfällt diese Pflicht. Treffen Cops auf so eine Sponti, verlangen sie meist trotzdem eine spontane Anmeldung. Das ist laut Gesetz zwar nicht verpflichtend, aber wenn sich niemand findet, der\* die ihren Namen hergeben will, finden sich oft auch noch schneller Gründe die Versammlung wieder aufzulösen.

Wollen die Versammlungsteilnehmenden weiter anonym bleiben und selbstbestimmt handeln, empfiehlt es sich, gar nicht auf das Geschwätz der ersten Cops vor Ort zu hören und einfach weiter euer Ding zu machen. Ein querstehender Streifenwagen ist schneller umgangen als wegdiskutiert. Wie immer sehen Polizei und Staat selbstbestimmtes Handeln nicht so gern, obwohl es laut ihren eigenen Gesetzen

theoretisch erlaubt ist. So taucht oft 10-20 Minuten nach der ersten Streife auch die Hundertschaft auf und spätestens da wirds ungemütlich. Die versuchen nämlich jetzt die Situation wieder unter Kontrolle zu bringen. Das kann je nach Stimmung der Cops oder politischer Wetterlage unterschiedlich aussehen. In guten Fällen beschränken sie sich auf die Begleitung der Demo und das Absperrn der betroffenen Straßen, das passiert vor allem wenn die Menge ausreichend groß ist. In schlechteren Fällen versuchen sie die Demo aufzuhalten oder mit Gewalt aufzulösen und probieren Menschen festzunehmen. Festnahmen sind immer zu befürchten, sobald die Polizei eingreift. Sie brauchen für ihre Gewalt schließlich auch eine Rechtfertigung und so wird aus einer spontanen Versammlung auch schnell mal Landfriedensbruch.

*Wie immer sehen Polizei und Staat selbstbestimmtes Handeln nicht so gern, obwohl es laut ihren eigenen Gesetzen theoretisch erlaubt ist.*

Hierbei ist es dann wichtig als Demo schnell und entschlossen reagieren zu können. Den ersten Reihen kommt hierbei die wichtige Aufgabe zu, anhand des sich zeigenden Bildes zu entscheiden. Gehen wir weiter auf der Route, die wir uns überlegt haben? Weichen wir aus und probieren einen anderen Weg? Etwa weil die Polizei die Straße versperrt. Oder ist es besser die Demo aufzulösen? In diesem Fall sollte die Entscheidung in die hinteren Reihen der Demo weitergetragen werden. Damit sich alle in kleinere Gruppen aufteilen und möglichst zügig das Viertel verlassen können, um Kontrollen und Festnahmen zu vermeiden. Für die Einschätzung der Lage kann es hilfreich sein, wenn eine oder zwei Personen mit dem Fahrrad spotten gehen, das heißt vorne weg fahren, Ausschau halten nach Bullen. Wenn das durch Rufen, Handzeichen oder Funkgeräte an die Demo wei-

tergeben wird kann diese frühzeitig reagieren und etwaigen Problemen aus dem Weg gehen. Eine Sache, die häufig gerufen wird und einige von euch sicherlich schonmal gehört haben ist „Aufschließen“. Wir können es Blockformation oder Schwarm nennen, aber um als Gruppe gemeinsam und flexibel agieren zu können, sollten alle Teilnehmenden dicht genug beieinander laufen. Sonst besteht auch die Gefahr, dass die Gruppe durch die Cops getrennt wird, z.B. dadurch, dass sie einfach einen Einsatzwagen dazwischen fahren, oder sie in die Demo gelangen und einzelne Personen rausgezogen werden können. Also immer schön beisammen bleiben. Vor allem beim Auflösen der Demo, aber natürlich auch schon vorher, ist es enorm wichtig das alle aufeinander aufpassen. Sind alle meine Freund\*innen noch da oder wird jemand festgenommen? Gibt es Verletzte? Wird sich gekümmert? Im Idealfall verabredet ihr vorher eine Rücksprachemöglichkeit, damit ihr sicher sein könnt, dass alle wieder heil zu Hause sind. Falls nicht, könnt ihr zusammen für Unterstützung sorgen oder es gibt eine nette Rechtshilfestruktur wie einen Ermittlungsausschuss oder die Rote Hilfe. Bei dieser und den anderen oben genannten Fragen hilft es sich vorher zu überlegen, wer macht die einzelnen Aufgaben? Wann lösen wir auf? Und so weiter. Denn je mehr Absprachen es gibt und je mehr Menschen sie mitbekommen, desto mehr Widrigkeiten können aus dem Weg geräumt werden. Alle sollten diese Absprachen aber nicht mitbekommen. Bewerbt ihr eine Sponti öffentlich, im Internet oder auf Flyern, werden mit Sicherheit von Anfang an viele Cops mit fragwürdigen Absichten vor Ort sein. Außerdem kann ein zusätzlicher Schutz vor nachträglicher Identifizierung, wie z.B. Schlauchschal, Mütze, Sonnenbrille, auch nicht Schaden und lasst euer Handy zu Hause!<sup>1</sup> Also lassen wir uns nicht einschüchtern!

**Bis bald auf der Straße!**

**AK Antifa Aachen**

→ Fortsetzung von Seite 4: Protestkultur in Aachen

**15. Mai:** Zum 150. Jahrestag des §218 haben Menschen in Aachen Kleiderbügel, Flyer und Plakate aufgehängt, um an 150 Jahre zu erinnern in denen ungewollt Schwangeren die Entscheidungsmacht über ihren Körper genommen wurde. Die Forderung: „Weg mit §218! Für ein Recht auf sichere Abtreibung.“

**12. Mai:** Es tauchen Graffiti mit „Nordic model now“ und „Rotlicht aus“ auf, es wird darauf aufmerksam gemacht, dass 90 % der Prostituierten in die Sexarbeit gezwungen werden.

**9. Mai:** Mehr als 500 Menschen demonstrieren am Tagebau Hambach für den Kohleausstieg, den Erhalt von Manheim und allen anderen Dörfern.

**8. Mai:** Am Europaplatz tauchen Graffiti gegen Querdenker\*innen auf.

**8. Mai:** Am Markt findet eine Kundgebung zum Tag der Befreiung statt. Ca. 65 Menschen aus linken Gruppen und Parteien erinnern an die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945.

**6. Mai:** Am Elisenbrunnen demonstrieren ein paar Menschen mit großen Bannern gegen das neue Versammlungsgesetz NRW, anlässlich des dezentralen Aktionstags. Auf den Bannern ist „Das Gesetz ist herbe(re) reud(ig)“ und „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Vermummung zur Pflicht“ zu lesen.

**5. Mai:** Im Stadtbild tauchen Graffiti im feministischen Kontext auf: „Smash Patriarchy!“ und „Feminismus ist geil“.

**2. Mai:** Graffiti in Aachen aufgetaucht: „Armin Laschet ist iwie komisch“.

**1. Mai:** Soli-Foto Aktion an der Mahnwache Lützerrath. „Wir erklären uns Solidarisch zu den Menschen die seit dem 28. April 2021 in der GeSa in Mönchengladbach und Aachen sitzen! Ihr seid nicht allein und wir sind gegen Polizeigewalt!“

**1. Mai:** Zum Kampftag der Arbeiter\*innenklasse haben am Markt ca. 150 Menschen aus linken Kreisen für eine gerechtere Gesellschaft und Arbeitswelt auch in der Pandemie demonstriert.

**28. April:** Bei einer Blockadeaktion im Tagebau Garzweiler von „Zucker im Tank“ wurde der Kohle-Tagebau kurzzeitig erfolgreich lahmgelegt. Die Aktivist\*innen waren Polizeigewalt ausgesetzt.

**27. April:** „Das Virus geht nicht nachts spazieren, sondern tagsüber arbeiten!“ lautet der Slogan einer Kundgebung gegen die Ausgangssperre am Kennedypark. Gemeinsam mit ca. 75 Menschen wird gegen die Ausgangssperre und für konsequenten Gesundheitsschutz statt Einschränkung der Grundrechte demonstriert.

**24. April:** Gegendemo mit ca. 300 Menschen am Eurogress, weil Querdenken wieder mal öffentlich Geschichtsrevisionismus betreibt und mit Rechtsextremismus Sympathisant Michael Ballweg auftritt.

**23. April:** Ein Autokorso von Coronaleugner\*innen wird von einer Gruppe Antifaschist\*innen am Krugofen blockiert.

→ Fortsetzung auf Seite 11

<sup>1</sup> <https://digitalegesellschaft.de/wp-content/uploads/2014/08/2014-Demotipps-Mobiltelefone.pdf>

# Die Aachener Studierendenschaft im Dritten Reich

## Komplizenschaft und Spuren des Widerstands

*Eine Unistadt, wie Aachen eine ist, wäre in ihrem Bild und ihrer Politik eine andere, ohne den Einfluss der Studierendenschaft. Sportvereine, wissenschaftliche Clubs, politische Verbände, Verbindungen oder einfach gut gelaunte Studis, die im Park rumsitzen und Bier trinken, prägen ein Stadtbild und eine Gesellschaft. Die Tragweite des Ganzen wird bewusst, wenn die Zeit ein paar Jahrzehnte zurückgedreht wird.*

Wir schreiben das Jahr 1933. Die RWTH, schon damals eine wichtige Institution in Aachen, ist von einer rechtsorientierten Studierendenschaft geprägt. Es erscheint eine Forderung des Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA), jüdische und demokratisch-gesinnte Professoren zu entfernen.

*Es erscheint eine Forderung des Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA), jüdische und demokratisch-gesinnte Professoren zu entfernen.*

Dies hat mehrere Entlassungen zur Folge. Mit geringem Widerstand werden Verbindungen aufgelöst und ihr Besitz an NS-Organisationen übertragen. Zu diesem Zeitpunkt war die Studierendenschaft noch nicht dem „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund“ (NSDStB) untergeordnet. Als im März 1933 die Hochschulangehörigen Blumenthal, Fuchs, Meusel, Harig und Hellmann als angebliche Marxisten beim Erziehungsministerium angeschwärzt werden, ist es dennoch der von katholischen Verbindungsstudenten dominierte AStA, der aus eigener Initiative ein Denunziationsschreiben an Erziehungsminister Rust verfasst. Offensichtlich bemüht, die eigene nationalistische Gesinnung mit Nachdruck zu demonstrieren,

wendet sich der AStA in den darauffolgenden Tagen und Wochen in zahlreichen Telegrammen und Briefen an die Ministerien, um weitere jüdische und politisch unliebsame Angehörige der Hochschule zu denunzieren. Am 12. April wird der bis dahin katholisch geführte AStA, der fortan als „Studentenführung“ bezeichnet wird, unter Androhung von Gewalt dennoch durch Mitglieder des NSDStB ausgetauscht und damit gleichgeschaltet. Die antisemitischen und antikommunistischen Aktionen gegen Hochschulangehörige erhalten damit eine neue Qualität. Am 27. April werden beispielsweise die Professoren Blumenthal und Meusel von Studierenden verhaftet und an die politische Polizei ausgeliefert.

Der „Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund“ (NSDStB) hatte in Aachen in der Anfangszeit nach seiner Gründung 1928 aufgrund der hier stark vertretenen katholischen Verbindungen einen zunächst eher schweren Stand. Der offene Konfrontationskurs mit dem Klerus und den Verbindungen stieß auf Ablehnung unter den katholischen Studierenden, die in Aachen fast 60% ausmachten. Letztlich war es aber auch die taktische Zusammenarbeit zwischen Nationalsozialist\*innen und den Verbindungen, die sich eine Rolle im zukünftigen NS-Staat sichern wollten, die dem NSDStB die politische Führung sicherte.

*Damit stellt sich eine vergleichsweise rechte Uni, in den Kontrast zur einer der NSDAP eher abgewandten Stadt Aachen.*

Damit stellt sich eine vergleichsweise rechte Uni, in den Kontrast zur einer der NSDAP eher abgewandten Stadt Aachen. Nur etwa 27 % der Aachener Bevölkerung stimmt zu dieser Zeit

zu Gunsten der Nazis (im Vergleich zu einem „reichsweiten“ Ergebnis von 40%). Demgegenüber leistet der damalige AStA den Denunziationen gegen jüdische oder „kommunistische“ Dozenten maßgeblichen Vorschub. 15 % aller deutschen Hochschullehrenden werden 1933 entlassen. Die Passivität der übrigen Lehrenden ebnet den Weg zum Verlust der Selbstverwaltung und zur Etablierung des „Führerprinzips“. Ab 1938, gilt „reichsweit“ ein Ausschluss von jüdischen Studierenden an allen Hochschulen. Somit kam es zu einer Konkretisierung und aktiver Umsetzung nationalsozialistischer Impulse durch die Studierendenschaft. Nationalsozialismus ist demnach kein Invasor, welcher die Hochschule unerwünschter Weise annektierte. Vielmehr keimte ein Nazitum inmitten der schon seit Ende des Ersten Weltkriegs gespaltenen, antisemitisch geprägten Studierendenschaft. Ebenso wurde während des Zweiten Weltkriegs wehrwissenschaftliche Forschung betrieben und ungezwungen Arbeitskraft für Rüstungsprojekte zur Verfügung gestellt. Eine hauptsächlich natur- und ingenieurwissenschaftliche Hochschule wie die RWTH Aachen stand also zwischen Wissenschaft und Ideologie. Obwohl manche Lehrkräfte Unabhängigkeit in Forschung und Lehre schätzten, wurde auch die Entwicklung hin zu einem starken Staat befürwortet und umfassend mit Forschung unterstützt. Demnach fruchtete der schon vor 1933 an der Hochschule etablierte Antisemitismus und Antikommunismus. Die technokratische Abwesenheit im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, gepaart mit universitärer Unterstützung der Rüstungsforschung erwies sich als zerstörerische Mitverantwortung.

*Spuren von Widerstand sind an der Technischen Hochschule kaum zu finden.*

Spuren von Widerstand sind an der Technischen Hochschule kaum zu finden. Bei der noch unter demokratischen Bedingungen stattfindenden AStA-Wahl im Februar 1933 kam die „Antifaschistische Liste“ auf gerade einmal 6% der Stimmen, trotz Stimmverlusten des NSDStB, welcher 25% erreichte. Die drei Studierenden, die für diese Liste kandidierten, wurden einer zunehmenden politischen Verfolgung ausgesetzt. Schon im Sommer 1932 hatten sich Verbindungsstudenten mit den Nazis verbündet, um Josef Lutz als einzigen Vertreter der antifaschistischen Liste unter einem Vorwand aus der Studierendenvertretung auszuschließen. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten und dem Verbot sozialdemokratischer und kommunistischer Vereinigungen im Juni 1933 werden insgesamt acht Studierende von der Hochschule verwiesen, darunter die drei Kandidat\*innen der antifaschistischen Liste: Josef Lutz, Erich Levy und Arthur Schauder.

Auch außerhalb der Hochschule wird die Verfolgung politischer Gegner\*innen zu einer zunehmenden Bedrohung. Nach dem Reichstagsbrand Ende Februar 1933 werden innerhalb der ersten beiden Märzwochen im Aachener Umland etwa 300 Kommunist\*innen in sogenannte „Schutzhaft“ genommen. Der Widerstand gegen den Faschismus wurde fortan überwiegend im Verborgenen organisiert.

*Auch ein Teil der antifaschistischen Studierenden führte den Kampf im Untergrund weiter.*

Auch ein Teil der antifaschistischen Studierenden führte den Kampf im Untergrund weiter. In der Wohnung von Josef Lutz fand die Gestapo später Druckmaschinen, die für die Herstellung von Flugblättern genutzt worden waren. Eines dieser Flugblätter berichtete im Juni 1933 von der Ermordung des Widerstandskämpfers und Journalisten Arthur May. May trat etwa als Gegenredner auf Veranstaltungen der Nazis auf und war Redakteur der „Aachener Arbeiter-Zeitung“, die schon im Februar verboten worden war. Nachdem auch er in „Schutzhaft“ genommen und mehrfach durch die Polizei misshandelt worden war, wird May bei einer Überstellung nach Jülich durch die SS mit mehreren Nahschüssen „auf der Flucht erschossen“.

Josef Lutz und Erich Levy werden 1934 zusammen mit den Studierenden Hans Menne und Josef Lauter verhaftet und zu Haftstrafen verurteilt. Nach 1934 ist kein kommunistischer Widerstand an der Technischen Hochschule mehr nachweisbar.

Ein Großteil der Studierendenschaft und der Lehrenden bestand – mit einigen Ausnahmen, wie etwa dem Rektor Hans Ehrenberg – nicht aus fanatisch überzeugten Nationalsozialist\*innen. Öffentlich bekundete Unterstützung der NSDAP wechselten sich mit privat geäußelter Kritik am Regime ab. Unter den Studierenden war die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit in Anbetracht des nötigen Zeitaufwands für Propagandaschulungen und ähnliche Veranstaltungen eher gering. Ihr Desinteresse ist dabei jedoch nicht als Protest zu interpretieren. Nicht zuletzt die Zusammenarbeit der Verbindungen mit den Nazis ermöglichte es dem NSDStB in Aachen die politische Führung der Studierendenschaft zu übernehmen.

→ Fortsetzung auf Seite 7



Gedenktafel im Hauptgebäude der RWTH Aachen Oben ist zu lesen: „Als es galt fürs Vaterland, treu die Klinge war zur Hand, doch es war zum letzten Gang“

(Bild: RWTH Aachen, Hauptgebäude, Gedenktafel vor der Aula. Euku)

→ Fortsetzung von Seite 6: Die Aachener Studierendenschaft im Dritten Reich

Beispielsweise hat die K.D.St.V. Franconia 1933 aktiv zur Abwahl der Führung des „Cartellverbands der katholischen deutschen Studentenverbindungen“ beigetragen, weil diese Hitler nicht direkt ihre Ergebenheit versichert hatten.

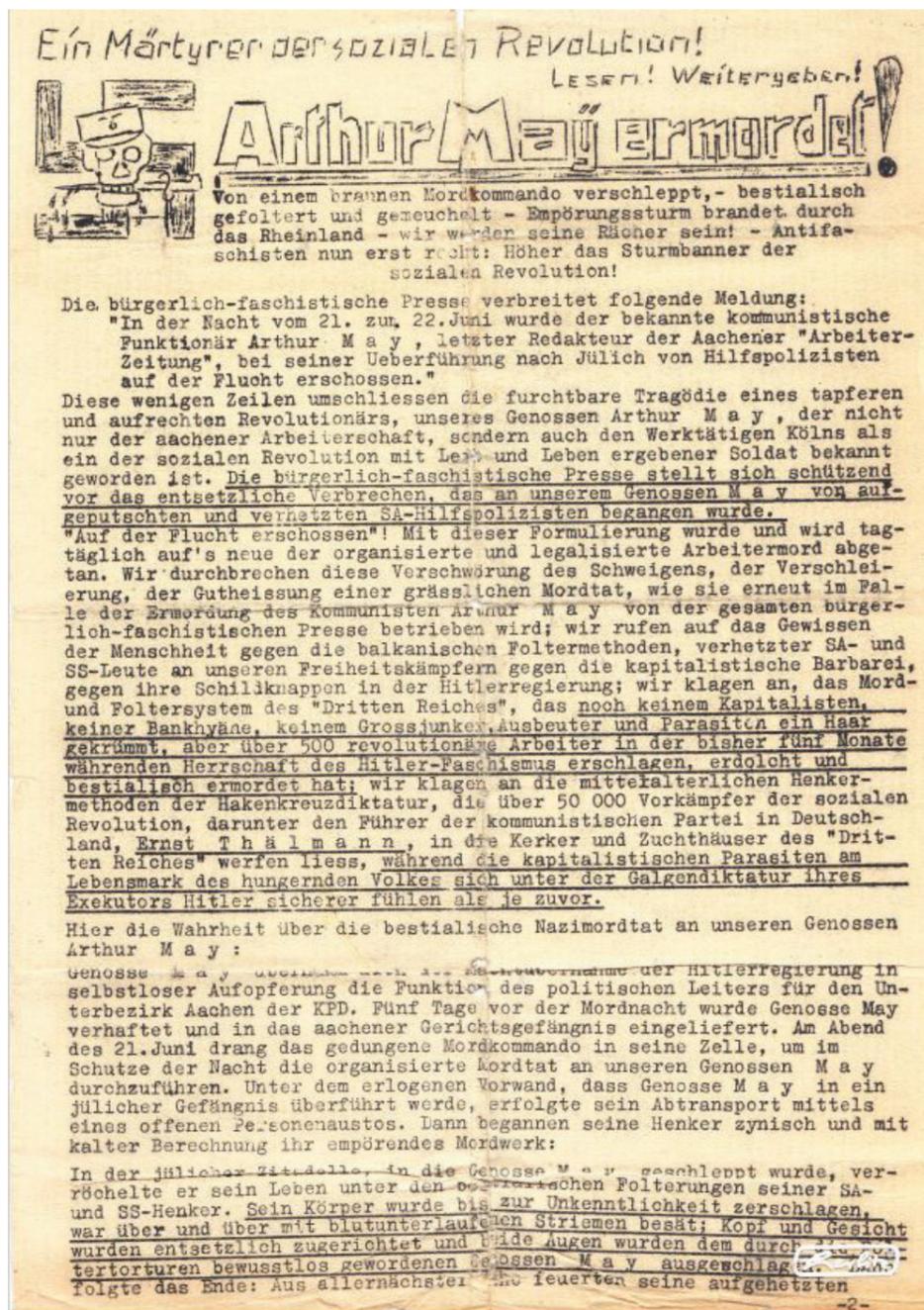
Die Mitglieder des Corps Delta traten im Mai 1933 geschlossen der SA, SS und anderen Nazi-Verbänden bei. Heute halten beide Verbindungen diesen Abschnitt ihrer Geschichte nicht für erwähnenswert in ihren Selbstdarstellungen.

Unter den Lehrenden traten zwischen 1933 und 1945 derweil mehr als 70% der NSDAP bei. Die Hochschule, die sich in Forschung und Lehre widerstandslos den kriegerischen Zielen der Nazis dienstbar machte, ermöglichte den Hochschulangehörigen früh einen Einblick in die nationalsozialistische Vernichtungsmaschine. Nach dem Krieg wurde eine Verantwortung vor dem Hintergrund einer vorgeblich neutralen Wissenschaft verneint. Bis 1970 fand eine Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit seitens der Hochschule nicht statt.

Eine Erinnerung an die Geschichte bleibt in Anbetracht der fortbestehenden Gefahr durch den Faschismus von großer Wichtigkeit. Sie zeigt, wie dem Faschismus auch aus dem Bildungsbürgertum heraus der Weg bereitet wurde, beispielsweise in der Selbstmobilisierung der Hochschulangehörigen oder mit Räumlichkeiten und Schulungen seitens der Verbindungen.

Sowohl die Komplizenschaft und das Mitläufertum an der Hochschule als auch der spärlich vorhandene Widerstand sollten uns eine Mahnung sein. Schließlich gibt es bis heute Kontinuitäten – etwa im Abstreiten oder Schweigen über die eigene Verantwortung von Seiten der Lehrenden und der Studentenverbindungen.

SDS Aachen



Flugblatt anlässlich der Ermordung des Widerstandskämpfers Arthur May, angefertigt von Studierenden der TH Aachen im Juni 1933. (Bild: Bertram-Wieland Archiv)

## Kommentar

# Es gibt (k)ein ruhiges Hinterland

Am 13. Mai lief im WDR ein Radio-Feature unter dem Titel „Das Dorf und der Nazi – Vom Umgang mit dem Rechtsradikalismus auf dem Land“. An dieser Stelle: Absolute Hörempfehlung! Der Beitrag handelt vom Dorf Kelz in der Gemeinde Vettweiß im Kreis Düren. Kelz wurde vielfach ausgezeichnet mit dem Preis „Unser Dorf hat Zukunft“. Aber Kelz hat vor allem auch Vergangenheit und die wird ausgiebig beschwiegen. Es geht um den Landarzt Dr. August Bender, der bereits 2005 verstorben ist. Nach seinem Tod – oder vielleicht auch schon vorher, darüber ist man sich in Kelz nicht ganz einig – kam dessen braune Vergangenheit ans Licht. Der beliebte Landarzt war vor seiner Zeit in Kelz während des Nationalsozialismus als Lagerarzt im KZ Buchenwald tätig. Als SS-Sturmbannführer untersuchte er Häftlinge auf ihre „Arbeitsfähigkeit“ und entschied, wer für die Zwangsarbeit tauglich erschien und wer als „unbrauchbar“ zur Ermordung in die Vernichtungslager deportiert werden sollte. 1949 kehrt Bender aus dem Krieg und der anschließenden Gefangenschaft zurück und lässt sich in Kelz als Landarzt nieder – unweit von seinem Geburtsort Kreuzau. Bender baut sich ein Haus, heiratet, bekommt zwei Kinder. Im Dorf ist er eine Respektsperson – alle kennen den großen hageren Mann. Niemand stellt Fragen. Bis der Student Nico Biermanns 2017 über den Fall Bender stolpert. Er stößt auf eine Doku des MDR über Bender und stürzt sich anschließend in die Archivarbeit. Biermanns erarbeitet eine Biografie des Arztes, veröffentlicht ein Buch und hält Vorträge in der Region.

Doch das Reden über die Vergangenheit ist schwierig in Kelz. In Gesprächen mit den Dorf-

bewohnern werden zwei Geschichten erzählt: Die erste lautet „Es gab nur einen Arzt – was blieb uns denn anderes übrig?“ Die zweite Geschichte geht so: „Wir haben von nichts gewusst – niemand hätte erkennen können, dass Bender ein Nazi war.“ Dabei gab es viele Hinweise: Bender unterhielt Kontakte zu einer extrem rechten Veteranenorganisation, er empfing die Witwe Heinrich Himmlers zu Kaffee und Kuchen, in seiner Praxis hing das Bild eines NS-Kriegsverbrechers. Ab und zu zeigte Bender Besuchern Nazi-Devotionalien, die er im Keller sammelte. Und einmal hisste er bei einem Umzug zum Schützenfest die Reichskriegsflagge in seinem Garten. Viele wollen trotzdem von nichts gewusst haben. Der Bender-Biograf Biermanns berichtet von der aufgeheizten Stimmung bei seinem ersten Vortrag in Düren: „Es gab regelrechten Streit zwischen verschiedenen Leuten im Raum. Während die einen sagten: Wir haben das alle gewusst, alle wussten, dass der Bender ein alter Nazi ist. Stand der eine in der anderen Ecke auf und schrie: Nein, sowas lass ich mir nicht unterstellen. Wir konnten das nicht wissen.“ In Kelz selbst wird das Thema beschwiegen, das Dorf bemüht sich zu vergessen. Ruhe ist oberste Bürgerpflicht.

Doch die Vergangenheit ruht nicht, denn um das Jahr 2011 zieht ein neuer Bewohner nach Kelz. Sein Name ist Rene Laube und er bringt frischen Wind nach Kelz. Laube ist der ehemalige Kameradschaftsführer der 2012 verbotenen Kameradschaft Aachener Land (KAL). Aus den Reihen dieser Neonazigruppe gab immer wieder in Gewalttaten, Bedrohungen von politischen Gegner\*innen. Seit April diesen Jahres ist Laube der neue Landesvize der Neonazipartei

„Die Rechte“. Wieder lebt also ein Nationalsozialist in Kelz, wieder flattert die Reichskriegsflagge an einem Fahnenmast. Nazis marschieren mit Fackeln über den Kelzer Sportplatz. Laube macht sich breit – die Dorfgemeinschaft schweigt, toleriert. Manch einer lässt sich von Laube, der als Landschaftsgestalter arbeitet, den Hof verschönern. So nach dem Motto: Arbeit bleibt Arbeit und Politik bleibt Politik. Doch nicht alle wollen wegschauen – einzelne starten Protestaktionen, kratzen Nazi-Sticker von Laternen. Sie finden keinen Rückhalt bei den Dorfbewohner\*innen, werden ausgelacht, teilweise sogar bei Laube selbst denunziert – alles für die gute Nachbarschaft.

Es ist ein lautes Schweigen in Kelz. Ein Schweigen über die Vergangenheit, das bis in die Gegenwart reicht. Ein Schweigen, mit dem Neonazi Raum gegeben wird, sich breitzumachen, sich zu organisieren und ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten. Dabei ist Kelz kein Einzelfall: Immer wieder erreichen uns ähnliche Berichte aus dem Aachener Umland. Nicht umsonst sind die Strukturen der KAL-Nachfolgeorganisation „Syndikat 52“ vor allem rund um Heinsberg und Düren besonders stark. Wir wollen uns solidarisch zeigen mit den engagierten Menschen vor Ort, die nicht wegschauen wollen, denen die Benders und Laubes ein Dorn im Auge sind. Wenn Ihr Neonaziaktivitäten beobachtet, wenn Ihr Unterstützung braucht, wenn Ihr euch austauschen wollt – meldet Euch gerne bei uns!

Antifa bleibt Landarbeit!

AK Antifa Aachen

## Leserinnenbrief

# Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht!

## Über den Umgang mit Triggerwarnungen

Das mit den Triggerwarnungen (TW) ist so eine super wichtige, aber auch zweischneidige Sache – häufig vermisste ich sie an Stellen, an denen sie dringend nötig wären, manchmal werden sie aus meiner Sicht komisch verwendet. Was ich mir durch den Text erhoffe ist eine Reflexion über die Nutzung, sowie die aktive, sinnvolle Umsetzung im Alltag. Aber auch eine offene Debatte und Austausch darüber wie andere Menschen die Thematik sehen und fühlen. Ich schreibe den Text aus der Perspektive einer Weißen Cis-Frau, Aktivistin, auch in feministischen Kontexten.

Trigger (engl.) bedeutet soviel wie Auslöser. TWs dienen dazu Menschen darüber zu informieren, dass im Folgenden über etwas gesprochen wird, was vielleicht bei Menschen etwas auslösen könnte. Verwendet werden sie häufig, um beispielsweise Retraumatisierungen zu verhindern. Menschen können dann eigenständig entscheiden, ob sie dem Beitrag weiter folgen oder welche Umgangsmöglichkeit sie in der Situation entwickeln. Gerade beim Scrollen durch Social Media Seiten ist die Nutzung von TWs deutlich häufiger geworden. Das finde ich prinzipiell gut! Klassischer Weise finde ich sie bei Schilderungen von Gewalt gegen nicht-Cis-Männer, Femiziden, Trans\*feindlichkeit und Weiteres. „Ne runde Sache“ würden vielleicht jetzt Menschen denken. Für mich gibt es da aber ein paar Sachen zu besprechen.

Aus meiner Sicht bringen TWs nichts, wenn sie so platziert sind, dass Menschen nicht viel von ihnen haben. So finde ich, dass eine kurz vorangestellte TW beispielsweise bei einem Redebeitrag oder auch Posting von einem Text oder Bild nicht ausreicht, wenn Menschen nicht eine angemessene Zeit gegeben wird sich einen Umgang mit der Situation zu überlegen. Postings mit gegebenem Inhalt, in denen als Überschrift „TW“ für Triggerwarnungen steht, reichen nicht aus. Vor allem nicht, wenn sie auf der gleichen Seite ohne Abstand und ohne Themenbezug stehen. Einem Menschen, der beispielsweise nichts bezüglich Femiziden lesen möchte, wird so unter Umständen die Möglichkeit genommen etwas zu Trans\*feindlichkeit zu lesen. Das kann nicht in unser aller Interesse sein.

Zudem vermisste ich häufig einen umsichtigen Umgang miteinander. Um möglichst multiperspektiv handeln zu können hilft nur: Austausch, Lesen und Auseinandersetzung! Ich habe häufig den Eindruck, dass dies unzureichend passiert. So sollte es beispielsweise eine Selbstverständlichkeit sein voranzustellen, aus welcher Perspektive etwas gesagt oder geschrieben wird, damit Menschen das mit einbeziehen können. Es sollte sich gefragt werden, ob es wirklich notwendig ist, als weißer Mensch über die Betroffenheit von Rassismus zu sprechen, wenn PoCs anwesend sind. Auch was Weiße oder Cis-Menschen reflektieren und ändern müssen eignet sich nicht für jede

Diskussionsrunde, wenn Betroffene anwesend sind! Auch im Vorfeld zu fragen, ob alle damit einverstanden sind möglicherweise belastende Dinge wie Schwangerschaften oder Abtreibungen zu thematisieren, sollte Normalität werden. Um zu erkennen, in welchen Kontexten beispielsweise eine TW oder das Einverständnis von Menschen eingeholt werden sollte, bedarf es uneigennütziger Auseinandersetzung. Ich kann diese nur jeder\*m empfehlen! Dazu braucht es dann auch nicht unbedingt immer das große Wort TW, wenn es einen normalisierten Umgang und Achtsamkeit untereinander gibt. Ist im Übrigen auch viel angenehmer nicht immer vom einen ins andere Fettnäpfchen zu springen und sich doof vorzukommen.

Eine Aktivistin, die es gut meint

# Bist du ungewollt schwanger?

**Nein.**

Cool! Vielleicht ist dieses Plakat trotzdem interessant, falls du oder ein\*e Freund\*in mal in die Situation kommen solltest.

Konsequente Selbstbestimmung und das Recht auf eine eigene und unbeeinflusste Meinung und Entscheidung stehen dir in jedem Fall zu! Du musst weder vor der zeugenden Person, noch von deine Eltern bzw. Erziehungsberechtigten, Abtreibungsgegner\*innen oder sonst einer Person Rechenschaft ablegen.

**Dein Uterus, dein Körper, deine Entscheidung!**

**Vielleicht.**

**Ja, ich habe einen Schnelltest gemacht.**

Ein Schwangerschaftstest aus der Drogerie gilt nicht als verlässlich! Deshalb ist es dringend zu empfehlen, eine gynäkologische Beratung aufzusuchen.<sup>1</sup>

**Ja, ich war bei der Gynäkolog\*in.**

**Möchtest du austragen?**

**Ja.**

**Möchtest du die Elternschaft annehmen?**

**Ja.**

Falls du dabei Unterstützung oder Informationen (auch ggf. dauerhaft) benötigst, kannst du dich an diverse Stellen wie z.B. Kinderschutzbund oder Pro Familia wenden.

**Weiß ich noch nicht.**

**Nein.**

**Beratungsstellen:**

Dort findet ein Beratungsgespräch statt, indem du offene Fragen beantwortet bekommst. Das Gespräch ist rein informativ und dient deiner eigenen Entscheidungsfindung. Falls du eine Abtreibung in Betracht ziehen solltest, erhältst du dort einen Beratungsschein, der notwendig für einen Abtreibungstermin ist, und eine Liste auf der Ärzt\*innen aufgelistet sind, die Abtreibungen durchführen.<sup>2</sup>

**Nein.**

Du kannst dich auch für eine anonyme Geburt entscheiden, was bedeutet, dass du die Geburt unter einem Decknamen durchführst und du nach der Geburt keinen Kontakt zu dem Kind aufnehmen musst. Bei deiner Beratungsstelle musst du allerdings deinen reellen Namen hinterlegen. Dein Kind hat ab dem 16. Lebensjahr, falls du keinen Einspruch einlegst, die Möglichkeit, deine Kontaktdaten einzufordern. Die anonyme Geburt ist für dich kostenlos. Ebenso hast du die Möglichkeit, trotz nicht anonymer Geburt, das Kind in die Obhut des Jugendamtes zu (über)geben.

Eine Beratungsstelle für anonyme Geburt erreichst du unter folgender Nummer: 0800-4040020

Eine mögliche Abtreibung kommt, außer in Sonderfällen, z.B. wenn die Gesundheit der schwangeren Person stark gefährdet ist, nur innerhalb der ersten 12 Wochen nach Befruchtung in Frage. Die Gesetzeslage ist unter **§218 StGB Schwangerschaftsabbruch & § 218a StGB Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs** geregelt.

Rechtlich bist du dazu verpflichtet, 3 Tage zwischen Beratungsgespräch und Abtreibungstermin einzuhalten, was nicht heißt, dass du danach die Abtreibung durchführen musst. In diesem Zeitraum ist es empfehlenswert, bereits einen Termin bei der Ärzt\*in auszumachen, um dich über die Methoden und die Abtreibung zu informieren. Außerdem musst du für eine Kostenübernahme vor deinem Abtreibungstermin diese bei der Krankenkasse beantragen.<sup>3</sup>

**3 Tage**

**Abtreibung**

**Wenn du minderjährig bist:** Eine Abtreibung ohne Wissen der Erziehungsberechtigten ist für Minderjährige nur möglich, wenn der\*die Ärzt\*in einen Ausnahmefall geltend macht, weil sie\*er zur Meinung gelangt ist, dass die schwangere Person einen entsprechenden Reifegrad besitzt. Andererseits dürfen weder Erziehungsberechtigte noch sonst jemand eine minderjährige Person zur Abtreibung zwingen. Die Nötigung zu einem Schwangerschaftsabbruch ist (übrigens auch bei erwachsenen Personen) verboten und strafbar. Sogar ein Drängen, z.B. durch die Drohung mit einem Rauswurf, falls die schwangere Person sich dafür entscheidet auszutragen, ist strafbar.

<sup>1</sup>) Einen Arzttermin kannst du ab deinem 14ten Lebensjahr eigenständig vereinbaren, ohne die Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten. Außerdem greift ab diesem Alter die ärztliche Schweigepflicht, was bedeutet, dass deine Erziehungsberechtigten (oder Dritte) nicht informiert werden müssen, jedoch liegt dies im Ermessen der Ärzt\*in bis zur Volljährigkeit.

<sup>2</sup>) <https://www.familienplanung.de/beratung/beratungsstellensuche/>  
<https://www.profamilia.de/>

<sup>3</sup>) Die Kosten einer Abtreibung werden i.d.R. übernommen, wenn dein Einkommen unter 1258 Euro im Monat liegt. Diese Einkommengrenze kann sich bei verschiedenen Fällen erhöhen (z.B. wenn du schon ein Kind hast). Diese solltest du jedoch mit deiner Krankenkasse klären. Ggf. kann eine nicht-deutsche Meldeadresse hinderlich für die Kostenübernahme sein.

# Cat Calls of Aachen: Eine feministische Gruppe stellt sich vor

**Triggerwarnung: In dem hier vorliegenden Artikel wird verbale sexuelle Belästigung thematisiert und explizit beschrieben.**

„Na, du bist aber eine Schöne!“

„Kannst du gut blasen?“

„Sorry, ich musste einfach. Dein geiler Arsch war so einladend.“

## Wer kennt es nicht?

Was die einen, als „nettes“ Kompliment sehen, ist für viele Menschen verbale sexuelle Belästigung. Kurz: Catcalling.

Ein Catcall ist die verbale sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum und schließt neben anzüglichen Kommentaren, auch Kuss-, Pfeifgeräusche und Hupen mit ein. In vielen Fällen kommt es ebenfalls zu anzüglichen Gesten und zu ungewolltem Anfassen.

Tagtäglich erreichen uns bei Catcallsaachen zahlreiche Nachrichten von Menschen, die Catcalling erfahren haben und nicht länger zusehen wollen.

sexueller Begierde ist.

Eine Gesellschaft in der die Unterdrückung von FLINTA\* immer noch akzeptiert und verharmlost wird. Sätze wie „Ach komm, stell dich nicht so an, ist doch nicht so schlimm.“ und „Das sind halt Männer, die können nicht anders.“ fallen oft. Viel zu oft. Denn sie verschleiern die Folgen von verbaler sexueller Belästigung und schützen vor allem eins, den Täter<sup>2</sup>.

Was macht das mit einem? Was macht es mit einem, wenn man morgens überlegt, was man anziehen soll. Eigentlich hätte man Lust einen Rock anzuziehen. Und eigentlich hat man auch keine Lust angemacht zu werden. Den Rock hängt man dann lieber zurück in den Schrank. Und trotzdem wird man gecatcallt. Weil das Outfit nicht ausschlaggebend ist. Viel zu oft wird das was wir anhaben, als Rechtfertigung genutzt, uns sexuell zu belästigen und uns anzumachen. Und wir, wir fühlen uns plötzlich

TA\*<sup>3</sup>.

Wir wollen auf das Thema verbale sexuelle Belästigung aufmerksam machen und den Betroffenen das Gefühl geben, nicht allein zu sein. Das Gefühl geben, dass Catcalling nicht okay ist und dass man es nicht hinnehmen muss.

Wir wollen sichtbar machen, informieren und sensibilisieren für ein Thema, was von unserem System legitimiert wird, obwohl es so vielen Menschen schadet und eine Gesellschaft stärkt,

**Wenn ihr seht, dass jemand gecatcallt oder anderweitig sexuell belästigt wird, versucht einzuschreiten**

in der die Gleichberechtigung der Geschlechter noch ein weit entfernter Traum ist.

Gleichstellung ist nicht erreicht, solange FLINTA\* auf offener Straße oder im geschlossenen häuslichen Raum unterdrückt, als sexuelles Objekt angesehen werden und tagtäglich körperlicher oder psychischer Gewalt ausgesetzt sind. Deshalb kreiden wir an. Neben den schon oben genannten Zielen, die Gesellschaft für dieses Thema zu sensibilisieren und den Betroffenen das Gefühl zu geben nicht allein zu sein, haben

wir noch ein Hauptziel: Catcalling muss strafbar werden. Denn nicht wir tragen die Schuld, sondern die Täter.

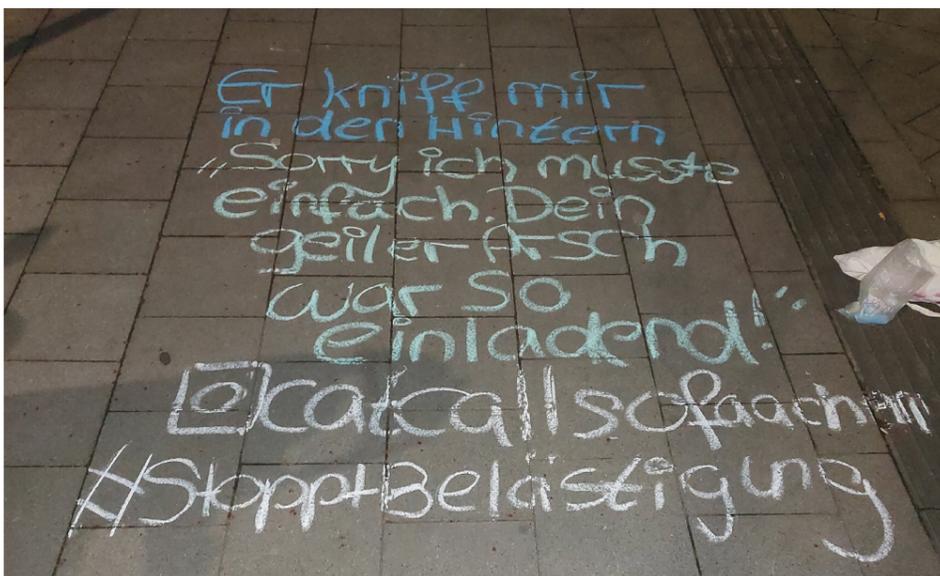
In Belgien, Portugal, Frankreich und den Niederlanden ist Catcalling schon illegal. In Frankreich steht darauf eine Geldstrafe von bis zu 750 Euro. Diese Länder könnten ein Beispiel für Deutschland sein und haben einen wichtigen Weg eingeschlagen.

Einen Weg, der es erlaubt, Machtstrukturen einzureißen, die der Gleichberechtigung im Wege stehen und längst veraltet sind.

Bis das passiert gehen wir weiter ankreiden und auch Menschen, die nicht selbst von Catcalling betroffen sind, können dabei einen großen Beitrag leisten. Wenn ihr seht, dass jemand gecatcallt oder anderweitig sexuell belästigt wird, versucht einzuschreiten. Zeigt der betroffenen Person, dass sie nicht allein ist. In vielen Situationen kann man sich nicht allein aus einer solchen Situation befreien, deshalb ist es umso wichtiger, dass wir aufeinander achtgeben und nicht wegschauen.

Wir müssen versuchen das Thema auf die Bildfläche zu rücken. Macht drauf aufmerksam, kommt ins Gespräch, denn nur so können wir etwas verändern.

Catcallsaachen



Aktionsform „Ankreiden“ als aktive Mitgestaltung des öffentlichen Raums.

(Bild: Catcallsaachen)

## Wer wir sind?

Wir sind eine Gruppe von ca. 20 Personen und bilden das Team rundum Catcallsaachen. Zudem gehören wir zu Chalkback Deutschland, einer Organisation, die alle Catcalls-Gruppen in Deutschland vereint und in ständigem Austausch mit der Überorganisation Chalkback Ink., einer internationalen Organisation, steht. Gruppen wie unsere gibt es mittlerweile weltweit, denn Catcalling ist kein Einzelfall.

All die Nachrichten, die uns hauptsächlich auf Instagram erreichen, versuchen wir anzukreiden. Das heißt, dass wir den Catcall mit Kreide auf den Boden schreiben, und zwar dort, wo er passiert ist.

## Aber was wollen wir nun damit erreichen?

Wir wollen die Gesellschaft sensibilisieren. Sensibilisieren für ein Thema, was vor allem für viele FLINTA\* Personen alltäglich ist: Verbale sexuelle Belästigung.

„Hey Sexy, meiner ist schon ganz hart.“ „Wie viel fürs ficken?“

„Bock auf'n Dreier ihr Fotzen?“

Das ist alles andere als ein nettes Kompliment und trotzdem schauen hier viel zu viele Menschen weg. Wir wollen verdeutlichen, dass Catcalling nicht nur nachts auf dem Nachhauseweg passiert, sondern mitten am Tag. Es passiert im Bus, am Arbeitsplatz und auf offener Straße. Oft sind wir in so einer Situation umgeben von Menschen und trotzdem allein. Allein in einer Gesellschaft, die sich, durchzogen von patriarchalen Strukturen, schlichtweg dran gewöhnt hat. Gewöhnt daran, dass FLINTA\* Personen<sup>1</sup> sexualisiert und objektiviert werden und daran, dass Catcalling ein Ausdruck von Macht und se-

unwohl. Unwohl in dem Körper, in dem wir uns eben noch so wohl gefühlt haben. Man fühlt sich abgewertet, auf ein Sexobjekt reduziert.

Und so geht es weiter, denn Catcalling ist meist nur der Anfang. Weiter auf dem Arbeitsplatz, wo der Chef einem über den Oberschenkel streicht. Man würde sich so gerne wehren. Aber wie tut man das, wenn man auf einen Job angewiesen ist? Wenn man immer mit der Reaktion rechnen muss, gesagt zu bekommen, dass man sich nur anstelle? Es geht weiter. Weiter auf dem Nach-

**Catcalling ist eine Facette einer Gesellschaft, in der unser „Nein“ viel zu oft nicht gehört wird und Gewalt an FLINTA\* viel zu oft hingenommen wird.**

hauseweg, auf dem man sich tausendmal umdreht, weil man weiß, was alles passieren kann. Weil es so oft passiert. Weiter im Club, in dem man ungefragt angefasst wird und man sich nur mit roher Gewalt aus der Umklammerung eines Fremden lösen kann. Es geht weiter. Für so viele.

Wir wollen nicht mehr zusehen. Catcalling ist nicht harmlos. Catcalling ist eine Facette von vielen. Eine Facette einer Gesellschaft, in der unser „Nein“ viel zu oft nicht gehört wird und Gewalt an FLINTA\* viel zu oft hingenommen wird.

So ist auch Catcalling psychische Gewalt und kann schwere Folgen haben. Betroffene können Depressionen erleiden, ein vermindertes Selbstwertgefühl bekommen oder mit Unsicherheiten und Vertrauensverlust durchs Leben gehen. Trotzdem ist es ein alltäglicher Teil des Lebens, besonders im Leben von vielen FLIN-

## Kommentar

### Haben wir 2021 oder doch eher 1950?

Es ist Mai. Die Vögel zwitschern. Die Tage sind lang genug, um die Winterdepression zu vertreiben und manchmal scheint sogar die Sonne. Herrlich. Doch halt, was erspähen meine Augen da im Fenster eines Restaurants neben dem Theater? Ein Plakat mit der Aufschrift: „Zum Muttertag. Leckere Menüs zum Abholen oder Liefern!!! Muttis Küche bleibt sauber!!!“, das neben roten Herzen und Blumen positioniert ist und meine Laune verfinstert sich schlagartig. Wir haben den 4. Mai 2021 und dieses Lokal wirbt allen Ernstes mit dem Slogan „Muttis Küche bleibt sauber!?!“ Was tun? Steine schmeißen? Schreien? Kotzen? Alles angemessene Reaktionen auf so viel sexistische Kackscheiße, die stolz im Fenster hängen darf, doch damit wäre es nicht getan. Es ist nicht nur das eine Fenster mit dem einen Schild. Nein, überall in Aachen, Deutschland und den weiteren 40 Ländern, in denen der Muttertag jedes Jahr zelebriert wird, gibt es Angebotsaktionen auf duftende Öle, Pralinen, Bügeleisen (kein Scherz, Lidl hatte die brillante Idee) und natürlich auf Blumen, Blumen, Blumen. Da reiht sich das besagte Café doch nur in den patriarchalen Reigen ein, der mit Einführung des Muttertags 1923 in Deutschland eine weitere Möglichkeit hatte, weiblich gelesene Menschen mit Kindern auf ihre Gebärfähigkeit zu reduzieren und sexistische Vorurteile so lange zu stilisieren, bis sie zur Normalität geworden sind.

Ursprünglich kommt der Muttertag aus Amerika und wurde 1908 von Anna Jarvis erstmalig begangen, um ihre verstorbene Mutter zu betrauern und Wertschätzung zu geben, die sie Lebtags nicht bekam. Bereits 1858 rief Jarvis' Vorreiterin, Suffragette und Dichterin Julia Ward Howe, einen ähnlichen Tag ins Leben, der genutzt wurde, um Mütter zu organisieren, sich auszutauschen und für Frieden zu demonstrieren. Es war also ein Tag, der so wohl zutiefst persönlich als auch politisch motiviert war. Mütter kritisierten den Krieg und nutzten ihre Mutterschaft, um sich kraftvoll zu organisieren. 1914 erklärte Präsident

Wilson den Tag zum offiziellen Feiertag in den USA und die Kommerzialisierung begann. In Deutschland wurde der Muttertag 1923 vom Verband deutscher Blumengeschäftsinhaber eingeführt und somit von Beginn an jeglicher Politisierung entzogen. 1934 nahmen die Nationalsozialisten den Tag zum Anlass, um Ehrenkreuze an arische Mütter zu vergeben, die besonders viele Kinder bekamen.

Von Präsidenten, Nazis und dem kapitalistischen Unsinn, der sich unser Wirtschaftssystem nennt, eingenommen, ist der Muttertag auf vielfache Weise seiner grundlegenden Idee beraubt worden. Ich habe anfangs gefragt, was tun mit der Wut auf sexistische Schilder, dem Entsetzen wegen der nationalsozialistischen Vergangenheit, die leider noch immer Teil unseres Alltags ist und dem Gefühl, dass Stereotype, Doppelstandards und Misogynie (Ich zitiere: „Muttis Küche“) wohl länger haltbar sind als Mehl.

Daher schlage ich vor, dass wir den kapitalistischen Schwachsinn boykottieren, wie übrigens bereits Anna Jarvis back in the day forderte, uns mit der Realität von Müttern und ihren Forderungen beschäftigen (Stichwort: Care Arbeit, Kinderbetreuung, Alleinerziehende), stereotype Rollenbilder konsequent hinterfragen und das 365 Tage im Jahr, und dass unsere Kämpfe weiterhin alle Mütter, das heißt alle queeren, hetero, single, verheirateten, trans, nicht-binären, abled und disabled usw. Menschen einschließen. Ach ja, ich persönlich werde hoffentlich dafür sorgen, dass besagtes Schild nicht mehr lange hängt; es sind doch die kleinen Schritte, die uns ans Ziel bringen.

Berna Wolitzer



Fragwürdige Werbung eines Restaurants zum Muttertag.

(Bild: Privat)

<sup>1</sup> FLINTA\* Personen meint Frauen, Lesben, Intersexuelle, Nicht-binäre, Trans\*gender, Agender und Menschen, die sich mit genannten Geschlechtsidentitäten identifizieren können.

<sup>2</sup> Wir reden hier im Text von Tätern. Auch Frauen catcallen, aber aus unseren Erfahrungen heraus, sind es meist Männer.

<sup>3</sup> Auch Männer werden gecatcallt, aber meist sind es FLINTA\* Menschen.



Banneraktion gegen das geplante Versammlungsgesetz am Aachener Eisenbrunnen

(Bild: AK Antifa Aachen)

## „Ein Gesetz, das so etwas erlaubt, ist ein dickes Problem.“

Interview: Rechtsanwalt Christian Mertens mit kritischen Einschätzungen zum geplanten Versammlungsgesetz in NRW

*Zur Person: Christian Mertens ist Fachanwalt für Strafrecht in Köln. Er verteidigt häufig politisch aktive Menschen und setzt sich in seiner Arbeitspraxis regelmäßig mit dem Versammlungsgesetz auseinander.*

**Tacheles: Es soll in NRW ein neues Versammlungsgesetz geben, was bedeutet das überhaupt?**

**Christian Mertens:** Bisher ist es so, dass das Bundesversammlungsgesetz gilt. Im Zuge der Föderalismusreform im Jahr 2006 wurde entschieden, dass jetzt die Länder die Möglichkeit haben, Versammlungsgesetze zu machen, wenn sie möchten. Das heißt, sie können entweder das Bundesgesetz gelten lassen, oder sie sagen: „Wir machen jetzt ein neues, eigenes Versammlungsgesetz.“ Die Landesregierung in NRW hat sich für ein eigenes Gesetz entschieden und das sieht etliche Verschärfungen vor. Es sollen viele Maßnahmen umgesetzt werden, die Versammlungen erschweren und bestimmte Verhalten bei Versammlungen verbieten.

**Tacheles: Auch die Polizei soll mit dem Gesetz mehr Befugnisse erhalten, wie sieht es damit aus?**

**Christian Mertens:** Ja, genau. Bisher ist es so, dass es die ‚Polizeifestigkeit‘ einer Versammlung gibt. Das heißt, Versammlungen bieten einen gewissen Schutz: Die Polizei kann grundsätzlich erstmal nicht kommen und normale polizeiliche Maßnahmen gegen eine Versammlung ergreifen. Also sie kann einem Versammlungsteilnehmer nicht einfach einen Platzverweis erteilen, weil der irgendetwas brüllt, was denen nicht gefällt. Sie darf auch im Rahmen einer Versammlung nicht einfach die Identität einer Person feststellen, weil das Versammlungsgesetz das nicht zulässt. Und das möchte die Landesregierung jetzt ändern, indem sie ausdrücklich sagt, dass neben dem, was das Versammlungsgesetz erlaubt, ab jetzt auch die normalen polizeirechtlichen Regeln gelten.

**Tacheles: Wie wirkt sich diese Neuregelung konkret aus, haben Sie ein Beispiel?**

**Christian Mertens:** Konkret heißt das, wenn beispielsweise jemand auf einer Versammlung laut und pampig wird, dann war das bisher durch die Versammlung geschützt. Jetzt kann die Polizei sagen: Du störst uns und deswegen erlassen wir gegen dich eine polizeiliche Maßnahme, z. B. einen Platzverweis, und an den muss sich diese Person dann auch halten.

**Tacheles: Fallen mit dem NRW-Gesetzesentwurf auch Instanzen weg, die die Polizei**

**sonst bei der Arbeit kontrollieren und Versammlungsteilnehmer\*innen schützen?**

**Christian Mertens:** Es gibt auch bis jetzt keine besonderen Kontrollinstanzen der Polizei. Es gibt die Verwaltungsgerichte, die das Handeln der Polizei überprüfen. Aber immer nur nachträglich auf Antrag und auch nur im Rahmen dessen, was bei einem Verfahren gerade relevant ist. Das Problem ist, dass die Verwaltungsgerichte natürlich gehalten sind, so zu entscheiden, wie es auch im Gesetz steht. Wenn das neue Gesetz Verschärfungen beschließt, dann ist das natürlich auch für die Gerichte bindend. Und das bedeutet, dass sie den Bürger\*innen deutlich weniger Freiheiten zugestehen können, weil das Gesetz diese Freiheiten nicht hergibt.

**Tacheles: Wie wird sich das Gesetz also zukünftig auf Versammlungen auswirken? Was wird verboten, was nach bisher bestehendem Gesetz gar kein Problem war?**

**Christian Mertens:** Eine Neuerung ist das sogenannte „Militanzverbot“. Bisher gab es ein „Uniformierungsverbot“, das besagt: Man darf keinen uniformierten Eindruck hinterlassen, also nicht geschlossen in braunen Anzügen rumlaufen oder in Flecktarn oder sonst irgendwas. Das „Militanzverbot“ verbietet gleichförmiges Auftreten, das den Eindruck von Gewaltbereitschaft vermittelt. Das geht viel weiter. Beispielsweise reicht es vielleicht schon, wenn alle eine Gewerkschaftsweste tragen oder weiße T-Shirts. Denn ob ich in der Situation Gewaltbereitschaft vermittele, das ist dann eine Entscheidung, die laut Gesetz nur der/die zuständige Polizist\*in vor Ort treffen muss/darf/kann. Ich begeben mich, wie leider so häufig, wieder in die gnädigen Hände der Polizei.

**Tacheles: Das heißt, die Interpretationsspielräume der Polizist\*innen wachsen und die Polizei erhält dadurch eine größere Handlungsmacht?**

**Christian Mertens:** Genau, das steht auch im Gesetz ganz offen so drin: Das ist „Tatfrage“ der Polizei vor Ort, also das, was wir als Ermessensspielraum bezeichnen. Der Begriff bedeutet eigentlich noch mehr: Beim Ermessen sagt die Polizei: „Wir haben das alles geprüft und wir haben das so gesehen.“ Mit der Tatfrage hat die Polizei aber auch noch die Deutungshoheit über die Tat, also die Polizei kann sagen: „Wir sehen das als gewalttätig an.“ Und dann ist die Sache durch. Die Polizei sind diejenigen, die den Sachverhalt aktenfest machen, indem sie reinschreiben, was sie für zutreffend halten – so haben Sie auch nur noch relativ wenig Chancen, dagegen irgendetwas zu tun. Dass solche Sachverhal-

te im Nachgang juristisch weniger anfechtbar sind, ist dabei das mehr oder weniger erklärte Ziel des Gesetzes.

**Tacheles: Gibt es daneben noch weitere Änderungen?**

**Christian Mertens:** Ja. Es gibt die Möglichkeit, dass die Polizei einer Person, die zu einer Versammlung unterwegs ist und einen „gewalttätigen Eindruck“ macht, aufgeben kann, dass sie sich zu bestimmten Zeiten bei einer Polizeiwache melden soll. Das hat einen kuriosen Effekt: Wenn Sie einen „gewalttätigen Eindruck“ machen und dabei einfach über die Straße gehen, dann kann die Polizei nichts tun. Wenn Sie aber aus Sicht der Polizei diesen „gewalttätigen Eindruck“ vermitteln und Sie sind auf dem Weg zu einer Versammlung, dann darf die Polizei Ihnen nicht nur die Teilnahme an der Versammlung verbieten, sondern sie darf Ihnen auch noch aufgeben, zu bestimmten Zeiten auf der Wache anzutreten und zu sagen: „Hier bin ich, ich muss mich hier melden.“ Das heißt der Weg zu einer Versammlung wird jetzt gefährlicher als er vorher war. Ganz abgesehen davon, dass derjenige der sich zu einer Versammlung begibt mehr Nachteile erdulden muss als derjenige der nicht zu einer Versammlung, unterwegs ist. Das ist in Hinblick auf die Versammlungsfreiheit nicht zu rechtfertigen.

Noch eine andere Sache, die relevant ist, ist die Kriminalisierung des sogenannten Blockade-Trainings: Es ist jetzt so, dass Sie sich strafbar machen, wenn Sie Vorbereitungen treffen um eine Versammlung zu stören oder zu blockieren. Jetzt ist die Frage: Machen Sie sich vielleicht schon strafbar, wenn Sie eine Gegendemo anmelden oder vielleicht nur darüber diskutieren? Der Wortlaut im Gesetzestext ist überaus problematisch.

Die dritte, völlig absurde Regelung ist: Sie sind ab zwei Leuten eine Versammlung. Wenn Sie sich mit einer anderen Person am Stammtisch treffen und dort politisch äußern, dann kann es sein, dass Sie jetzt gerade eine Versammlung in einem geschlossenen Raum bilden. Das heißt, es könnte sich ein/e Polizist\*in zu Ihnen an den Tisch setzen, sich das alles anhören und irgendwann sagen: „Jetzt redet ihr mir aber ein bisschen zu viel, ich löse diese Versammlung hiermit auf!“. Ich glaube nicht, dass das alles direkt passiert. Mir geht es darum, dass es theoretisch passieren könnte. Ein Gesetz, das so etwas erlaubt, ist ein dickes Problem.

**Tacheles: Ändert sich etwas im Zusammenhang mit Spontanversammlungen?**

**Christian Mertens:** Nein da ändert sich nichts. Mit einer Ausnahme: Wenn eine Versammlung

aufgelöst wird, dann dürfen Sie jetzt keine Spontanversammlung mehr machen, nach dem Motto: „Wir sind gegen die Auflösung unserer Versammlung.“ Ab jetzt sind Ersatzveranstaltungen verboten, so sagt es das Gesetz ausdrücklich. Für angemeldete Versammlungen wurden zusätzlich die Fristen geändert: Vorher waren es 48 Stunden, jetzt sind es 48 Stunden zuzüglich Sonntagen, Samstagen und Feiertagen. Das heißt, wenn Sie Pech haben, müssen Sie bis zu 4 Tage vorher anmelden. Das ist dann behördenfreundlicher.

**Tacheles: Steht so ein Gesetz nicht im Widerspruch zu im Grundgesetz verbrieften Rechten, wie Versammlungs- und Redefreiheit?**

**Christian Mertens:** Grundsätzlich schon, aber es wird ja immer damit argumentiert: Es gibt die Versammlungsfreiheit, wir liberalisieren hier nur, wir regeln hier nur. Jede/r hat jetzt Rechtssicherheit auf einer Versammlung. Es ist klar, wann aufgelöst werden kann (fast immer), wann man sich strafbar macht (jetzt viel häufiger als vorher), was erlaubt ist (jetzt viel weniger) und wie man sein Recht durchsetzen kann (nahezu gar nicht). Es werden einem viel weniger Rechte eingeräumt, viel mehr Pflichten auferlegt, die Strafbarkeitswahrscheinlichkeit wird erhöht. Und das nennt man dann liberal, wenn man eine schwarz-gelbe Regierung ist.

**Tacheles: Was ist denn das politische Kalkül dahinter? Warum braucht NRW so ein Versammlungsgesetz?**

**Christian Mertens:** Also, wir brauchen kein Versammlungsgesetz! Das Problem ist das Augenmerk auf „Sicherheit, Zucht und Ordnung“, besonders in schwarz- und schwarz-gelb-regierten Bundesländern. Sicherheitspolitik ist ja einer der Markenkern der CDU. Und natürlich möchte man so ungestört wie möglich regieren. Das politische Kalkül ist schlicht und ergreifend, Versammlungen so gut es geht mundtot zu machen. Das Ganze läuft mit der Begründung: Wir wollen verhindern, dass von Versammlungen Straftaten ausgehen. Das Versammlungsrecht wird für Straftaten missbraucht. Aber: Sie können ein Recht nicht missbrauchen, Sie können ein Recht nur gebrauchen. Und deswegen, weil man festgestellt hat, dass man ein Recht, dass man eingeräumt hat, auch gewähren muss, sagt man jetzt: „Ja, dann halt weniger Rechte.“

**Tacheles: Zielt das Gesetzesvorhaben unter dem Innenminister Herbert Reul auch ganz spezifisch auf die aktive Klimabewegung in NRW?**

→ Fortsetzung von Seite 10: Interview

**Christian Mertens:** Ja, explizit! Es steht sogar in der Gesetzesbegründung. An mindestens zwei Stellen wird auf eine Rede von Herrn Reul verwiesen, die er mal im Landtag gehalten hat. Das Feindbild Klimabewegung führt in der Gesetzesbegründung zu äußerst fragwürdigen Vergleichen. Zum paramilitärischen Äußeren schreibt man dort, dass man es ja aus der Geschichte der Weimarer Republik kenne, wo rechte und linke Schlägerbanden uniformiert durch die Städte gezogen sind – nämlich SA und SS, bekanntlich beides keine linken sondern rechte Schlägerbanden – und das wird dann auf eine Stufe gestellt mit den Maleranzügen der Klimabewegung.

**Tacheles:** Gibt es an dem geplanten Gesetz auch Kritik von Anwaltsverbänden oder anderen Jurist\*innen?

**Christian Mertens:** Ja, beispielsweise die ‚Neue Richtervereinigung‘ hat sich schon sehr kritisch geäußert. Das sind die Verwaltungsrichter\*innen, die über die Versammlungen entscheiden müssen. Die haben schon gesagt: „Ihr schreibt teilweise ganz katastrophalen Unsinn da rein.“ Aber scheinbar will man von Leuten, die Ahnung haben, in der Politik relativ wenig hören. Es gibt dort mittlerweile eine Wissenschaftsfeindlichkeit und eine Unbeirrbarkeit gegenüber Leuten, die tatsächlich mit der Materie zu tun haben. Man hört sich die zwar an, um dann aber doch das zu entscheiden, was man will.

**Tacheles:** Das heißt, bei aller Kritik gehen Sie davon aus, dass das Gesetz genau wie zuletzt das neue Polizeigesetz einfach so

durchgeht?

**Christian Mertens:** Ich denke, man wird noch ein paar kosmetische Änderungen machen, genau wie beim Polizeigesetz auch. Und dann läuft's. Aber man darf natürlich nicht den Kampfgeist aufgeben. Wir müssen immer noch versuchen, es zu verhindern. Wir müssen dagegen klagen und den juristischen Weg beschreiben. Aber tatsächlich ist es schwierig.

**Tacheles:** Solche Klagen können auch erst stattfinden, wenn das Gesetz schon verabschiedet ist, oder?

**Christian Mertens:** Genau. Vorerst heißt es weiterhin, politisch Druck ausüben und anschließend alle juristischen Mittel mobilisieren.

**Tacheles:** Wohin führt uns so ein Gesetz gesellschaftlich?

**Christian Mertens:** Ich finde – und das sind Worte des Bundesverfassungsgerichts: Versammlungen sind dazu da, um sich als Gruppe gegenseitig zu bestärken und die eigene Meinung zu äußern. Versammlungen sind anstrengend, Versammlungen sind störend, Versammlungen sind laut, sie stehen im Weg, über sie wird in den Medien berichtet, obwohl sie auch mal unpopuläre Meinungen vermitteln. Versammlungen sind aber Teil einer Debatte. Unsere Debattenkultur verschwindet. Wir labeln einander immer mehr mit vorgefertigten Meinungen, anstatt sich wirklich in der Sache auseinanderzusetzen. Aber bei einer Versammlung, bei einer Demonstration macht man genau das. Indem man sich hinstellt und sagt: „Das ist mei-

ne Meinung, komm auf mich zu, red mit mir, diskutier mit mir drüber“. Wenn versucht wird, Versammlungen so weit wie möglich aus dem öffentlichen Raum zu drängen, dann bekommen wir ein Problem.

Häufig wird auf andere Länder mit dem Finger gezeigt, sei es Thailand oder Hong Kong, und gesagt: „So kann man doch mit demokratisch legitimierten Versammlungen nicht umgehen.“ Und dabei wird hier gleichzeitig mit demselben Knüttel auf Versammlungsteilnehmer draufgehauen. Das ist Bigotterie. Man tut so als hätten wir ein wahnsinnig liberales Versammlungsrecht. Tatsächlich ist es aber genauso restriktiv wie in Ländern, über die wir uns jeden Tag ärgern.

**Tacheles:** Welche Änderungen wären denn mal wirklich sinnvoll? Wie könnte man das Gesetz denn mal tatsächlich liberalisieren?

**Christian Mertens:** Mein Eindruck ist, dass die Behörden in den letzten Jahren häufig (nicht immer) versuchen, Versammlungen, die ihnen nicht passen, so gut es geht zu vermeiden. Liberalisieren könnte man, indem man einfach sagt: „Wer möchte, kann sich unter freiem Himmel versammeln und da im Wesentlichen auf einer zugewiesenen Fläche tun, was man möchte. Da darf es polemisch zugehen, da darf es unfreundlich zugehen. Solange man keine Straftaten begeht, darf man auf dieser Versammlung tun, was man möchte.“

Tacheles Redaktion

Mehr Hintergründe und aktuelle Infos zum Thema Versammlungsgesetz unter: [www.nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de](http://www.nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de)

Zivilisation in Gang setzen.

Der immensen Kenntnis zivilisationsgeschichtlicher Prozesse steht ein blass bleibender Staatsbegriff gegenüber, da Scott nicht zwischen den Staaten der ersten Hochkulturen und neuzeitlichen Nationalstaaten unterscheidet. Problematisch ist diese unzureichende Differenzierung immer dann, wenn ein „Lob des Zusammenbruchs“ (215) staatlicher Ordnung formuliert wird und die „Dezentralisierung in kleinere politische Einheiten“ (216) als „heil-same Neufassung politischer Ordnung“ (ebd.) gefordert wird. Zugespitzt formuliert: Jahrtausende zurückliegende Widerstandspraktiken und Formen der Gemeinschaftsbildung derart unkommentiert als Antwort auf die Probleme der Gegenwart darzustellen, lässt skeptisch werden, ob hier nicht die aktuelle Komplexität globaler Herausforderungen unterschätzt wird und allzu einfach Lösungsangebote gemacht werden. Ebenfalls tendiert Scotts Darstellung dazu, fortschrittliche Potentiale zu unterschlagen. So wird die Einführung der Schrift einzig als Herrschaftsprojekt charakterisiert, ohne ihre emanzipative Rolle in den Blick zu nehmen: Scotts Buch oder die vorliegende Zeitschrift demonstrieren schließlich, wie Schrift ebenfalls der Kritik an Herrschaft nützen kann.

Das ist aber zu verschmerzen. Es wäre sicherlich sinnvoll, die Verstrickung von Fortschritt und Herrschaft im Zivilisationsprozess deutlicher herauszuarbeiten, um nicht lediglich der dominierenden Lehrmeinung, die Scott zufolge nur den Fortschritt sieht, eine Perspektive der Zurichtung des Menschen entgegenzustellen. Denn so entsteht der Eindruck einer harmonischen Vergangenheit, zu der wir nur zurückkehren müssten. Gleichwohl ist Scotts Buch eine ungemein lesenswerte „Tiefengeschichte der Domestikation“ (13), der es gelingt, einen anderen Blick auf den Zivilisationsprozess zu ermöglichen und das Verschwinden nicht staatlich organisierter Lebensformen als Resultat eines Herrschaftsprojekts begreifbar werden zu lassen.

Moppi

Scott, James C.: Die Mühlen der Zivilisation. Eine Tiefengeschichte der frühesten Staaten, Suhrkamp, Berlin 2019 (329 S., geb., 32,00 €, Taschenbuch, 22,00 €) ISBN: 978-3518587294

## Buchrezension

# Eine (andere) Geschichte über die Entstehung von Staaten

Der Anthropologe und Politikwissenschaftler Scott ist dafür bekannt, sich nicht-staatlichen Formen des Zusammenlebens zu widmen. In dem vorliegenden Buch stellt er aktuelle zivilisationsgeschichtlich orientierte Forschungsergebnisse zusammen, die sich mit der Geschichte von Agrargesellschaften zwischen 6500 und 1600 v.u.Z. auseinandersetzen. Seinem Interesse an anarchistischen Positionen entsprechend ordnet er die Ergebnisse zu einer Tiefengeschichte, die ein neues Licht auf die „Geschichte unserer Spezies“ (19) werfen möchte. Dabei treten zum einen Fluchtbewegungen und Überfälle auf staatliche Ordnungen als Praktiken des Widerstandes hervor. Zum anderen wird die historische Notwendigkeit des Staatenbildungsprozesses hinterfragt.

Auf Grundlage neuerer archäologischer Erkenntnisse der letzten beiden Jahrzehnte will Scott die dominierende Darstellung der neolithischen Revolution<sup>1</sup> infrage stellen: Sesshaftigkeit führe zwangsläufig zur frühzeitlichen Staatenbildung, die wiederum die Bedingung für Fortschritt, stabile Ordnung und ein gesünderes und längeres Leben sei. Diese Darstellung Scotts kann mit Blick auf das breite Forschungsfeld zur Frühgeschichte als grobe Vereinfachung gelten, die den Zweck hat, seine eigene Position deutlicher hervortreten zu lassen. Überzeugender sind seine Ausführungen zur Konstitution der ersten staatlich organisierten Gesellschaften in Mesopotamien. Die Gegend zwischen Euphrat und Tigris gilt als „Kernland der ersten ‚ursprünglichen‘ Staaten der Welt“ (13), deren Herausbildung zwischen 4000 bis 2000 v.u.Z. beginnt. Scott hebt drei Aspekte hervor.

1) Gegenwärtige Befunde weisen erste Staaten 4000 Jahre nach der Sesshaftwerdung einiger dort lebender Gruppen aus. Aufgrund der großen Zeitdifferenz sei aber nicht davon auszugehen, dass Sesshaftigkeit unmittelbar zur Staatenbildung führe.

2) Die frühen Staaten sind instabile Gebilde.

## Die Mühlen der Zivilisation

Eine Tiefengeschichte der frühesten Staaten

James C. Scott



Buchcover

(Bild: Suhrkamp)

Mensch und Tier leben auf dicht gedrängtem Raum zusammen, in dem neue, sich epidemisch ausbreitende Krankheiten entstehen. Auch sind Staaten oftmals Überfällen durch nomadisch lebende Gruppen ausgesetzt und Teile der Bevölkerung flüchten, sodass sie immer in Gefahr sind, wieder zu zerfallen. Die Lebensumstände verbessern sich daher gerade nicht.

3) Scott charakterisiert die ersten Staaten als Projekte der Unterwerfung und Versklavung der ansässigen Gruppen sowie der gezielten landwirtschaftlichen Umgestaltung ganzer Landstriche. Ein staatlich verordneter Getreideanbau ermöglicht die Besteuerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Die Einführung der Schrift dient der Inventarisierung von steuerlich abschöpfbaren Ressourcen. Es sind diese Formen der Unterwerfung, Domestizierung und der Aneignung der Kontrolle über die Reproduktion, die Scott zufolge die Bildung der frühen Staaten ermöglichten und die Mühlen der

## Kurzmeldung

# Neuer Antifa Zusammenschluss in NRW

In diesem Frühjahr haben mehrere Antifa-Gruppen aus NRW den Zusammenschluss „Antifa.NRW“ gegründet. In einer ersten Pressemitteilung heißt es, Ziel des Bündnisses sei, den „Faschismus bis an die Wurzel zu beseitigen“. Außerdem sollen mit dem Projekt die öffentliche Wahrnehmung von Antifa-Arbeit verbessert werden. Der Zusammenhang will eine Plattform dafür bieten, „neue Perspektiven der Antifa-Arbeit zu entwickeln und Wissen unter Aktivist:innen zu teilen.“ Doch die Arbeit von Antifa.NRW beschränkt sich nicht auf inhaltliche Debatten bei Plena. „Bereits seit einigen Jahren findet das Festival ‚Sommer, Sonne, Antifa!‘ statt, welches neben politischer Bildungsarbeit auch zum Austausch und Kennenlernen von Antifaschist:innen dient“, berichtet Marie Thiele, Sprecherin des Bündnisses. Und auch auf der Straße will man Präsenz zeigen: „Wir als Antifa.NRW sehen es als unsere Aufgaben, den Handlungsspielraum von Faschist:innen einzuschränken und uns ihnen auch auf der Straße entgegensustellen“, so Thiele.

Tacheles Redaktion

→ Fortsetzung von Seite 5: Protestkultur in Aachen

**23. April:** Plakate zur Erinnerung an die in Rojava gefallenen Freund\*innen tauchen überall in der Stadt auf und weisen auf den andauernden Angriffskrieg der Türkei in Nordsyrien hin.

**19. April:** „Solidarität mit Lina und Adel: Lina, Adel und viele weitere sitzen seit Monaten in Gefangenschaft für ihre wichtige politische Arbeit. Wir wollen auch aus Aachen ein Zeichen der Solidarität mit ihnen und allen anderen Gefangenen setzen.“ schreiben einige Antifaschist\*innen mit einem Soli-Foto und senden so solidarische Grüße in den Knast.

**9. April:** „Menschen aufnehmen statt aufgeben“ ist die Forderung auf einem Banner, dass von einem Balkon in der Stadt hängt.

**30. März:** In der Stadt tauchen an einigen Stromkästen Graffiti auf, unter anderem: „Free Lina!“ am Tivoli und „Fight Nazis“, „Antifa 1312“, „FKK NZS“ und „Antifa Area“ im Frankenberger Viertel.

**27. März:** Zum „Housing Action Day“ ist Recht auf Stadt Aachen gemeinsam mit ca. 70 Menschen am Kenneypark. „Die hohen Mieten machen Mieter\*innen immer ärmer! Deswegen heißt die Forderung: Höchstmieten festsetzen! Für das Recht auf Wohnen!“

**21. März:** „No Borders, No Nation, No Deportation“ steht auf einem Banner im Südviertel.

**20. März:** „Oury Jalloh – Das war Mord!“ ist auf einem Plakat in der Innenstadt zu lesen und erinnert an den von Polizist\*innen begangenen Mord 2005 in Dessau.

**19. März:** Globaler Klimastreik auch in Aachen. Für eine klimagerechte Zukunft, in der leere Versprechungen und fossile Energien keine Rolle mehr spielen fahren ca. 3.000 Menschen mit Fahrrädern durch ganz Aachen und legen an vielen Stellen den Autoverkehr komplett lahm.



<sup>1</sup> Die neolithische Revolution bezeichnet gemeinhin die Ablösung einer umherziehenden Jäger\*innen- und Sammler\*innen-Gemeinschaft durch erzeugende Wirtschaftsweisen (wie Ackerbau oder Viehzucht), Vorratshaltung und Sesshaftigkeit.

→ Fortsetzung von S. 1: Channel crossings

In ungefähr der Hälfte der Fälle hatten diese Grenztoten hochriskante Transportmittel verwendet – darunter ein Kinderschlauchboot und einen Schwimmkörper aus Plastikflaschen. Das schlimmste Unglücke ereignete sich am 27. Oktober 2021, als sieben Menschen bei einer Havarie in der Nähe von Dunkerque starben, darunter eine fünfköpfige irakisch-kurdische Familie, unter ihnen drei Kinder.

### Repressive Neujustierung des Grenzregimes

Die konservative britische Regierung legitimiert mit diesen Toten die weitere Aufrüstung ihrer nach Frankreich vorverlagerten Grenze. Nach zahlreichen ähnlichen Abkommen, die sich meist auf den Lkw-Verkehr und die Häfen bezogen, vereinbarten beide Staaten am 28. November 2020 eine stärkere Überwachung des ca. 150 km langen Küstenabschnitts von Boulogne über Calais bis Dunkerque, wofür Großbritannien 31,4 Mio. Euro bereitstellte. Erwartungsgemäß bewirkte dies eine stärkere Verlagerung der Ablegestellen u.a. in den Düngürtel zwischen Dunkerque und der belgischen Grenze. Die von dort zurückzulegende Strecke ist mindestens doppelt so lang und entsprechend riskanter. Am 19. Mai 2021 deuteten die zuständigen Behörden beider Staaten an, dass die nächste Vereinbarung auf diesen neuen Küstenabschnitt zielen und vergleichbare Kosten mit sich bringen könnte. Eine weitere Verlagerung und ein noch höheres Risiko wären die Folgen.

### Die konservative britische Regierung legitimiert mit diesen Toten die weitere Aufrüstung ihrer nach Frankreich vorverlagerten Grenze.

Als die Bootspassagen im Sommer 2020 ihren bisherigen Höhepunkt erreichten, zeichneten die rechten britischen Boulevardmedien das Bild einer Invasion, und neben solidarischen Initiativen organisierten sich rechtsradikale Küstenpatrouillen. Die Regierung lancierte eine Reihe extremer, aber auch grotesker Vorschläge, darunter Offshore-Asylzentren, Pushbacks auf See, schwimmende Barrieren oder eine Wellenmaschine an der Seegrenze. Im Herbst 2020 versuchte sie dann, möglichst viele Channel crossers nach Frankreich, Deutschland und in andere EU-Staaten abzuschleppen, oft auf brutale Weise. Tatsächlich war nur ein Bruchteil der angekündigten ‚mindestens 1.000‘ Abschiebungen durchsetzbar und die meisten Inhaftierten wurden am Jahresende entlassen. Denn mit dem Ende der Brexit-Übergangsphase kann Großbritannien seit Jahresbeginn keine Abschiebungen mehr auf Basis der Dublin-Regeln der EU durchführen. Seither wurde kein Bootspassagier (und auch sonst niemand) mehr in die EU abgeschoben. Die Kanalroute ist jedoch frequenter denn je.

Die britische Innenministerin Priti Patel arbeitet nun auf ein neues Asylrecht hin, das wahrscheinlich zu den repressivsten Europas gehören wird und Geflüchtete, die einen EU-Staat passiert haben, aus dem regulären Verfahren ausschließen soll. Es zeichnet sich ab, dass im Sommer 2021 mehr Menschen auf ihrer Flucht den Kanal passieren werden als je zuvor. Das Gesetzgebungsverfahren wird mit genau diesen Sommermonaten zusammenfallen. Die Erwartung der Regierung ist offenbar, dass die Asylrechts-Verschärfung von einer populistischen Welle getragen sein wird. **tm**

Wer die Entwicklung verfolgen möchte, wird z.B. im Guardian eine exzellente Berichterstattung finden. In Großbritannien und Frankreich existieren zahlreiche solidarische Initiativen, von denen z. B. Channel Rescue an der englischen Küste präsent ist. Der deutschsprachige Blog JungleOfCalais ([calais.bordermonitoring.eu](http://calais.bordermonitoring.eu)) gibt einen aktuellen Überblick über das Geschehen auf beiden Seiten des Kanals.

# Für eine Welt, in die alle Welten passen

## Antonio und die Reise für das Leben

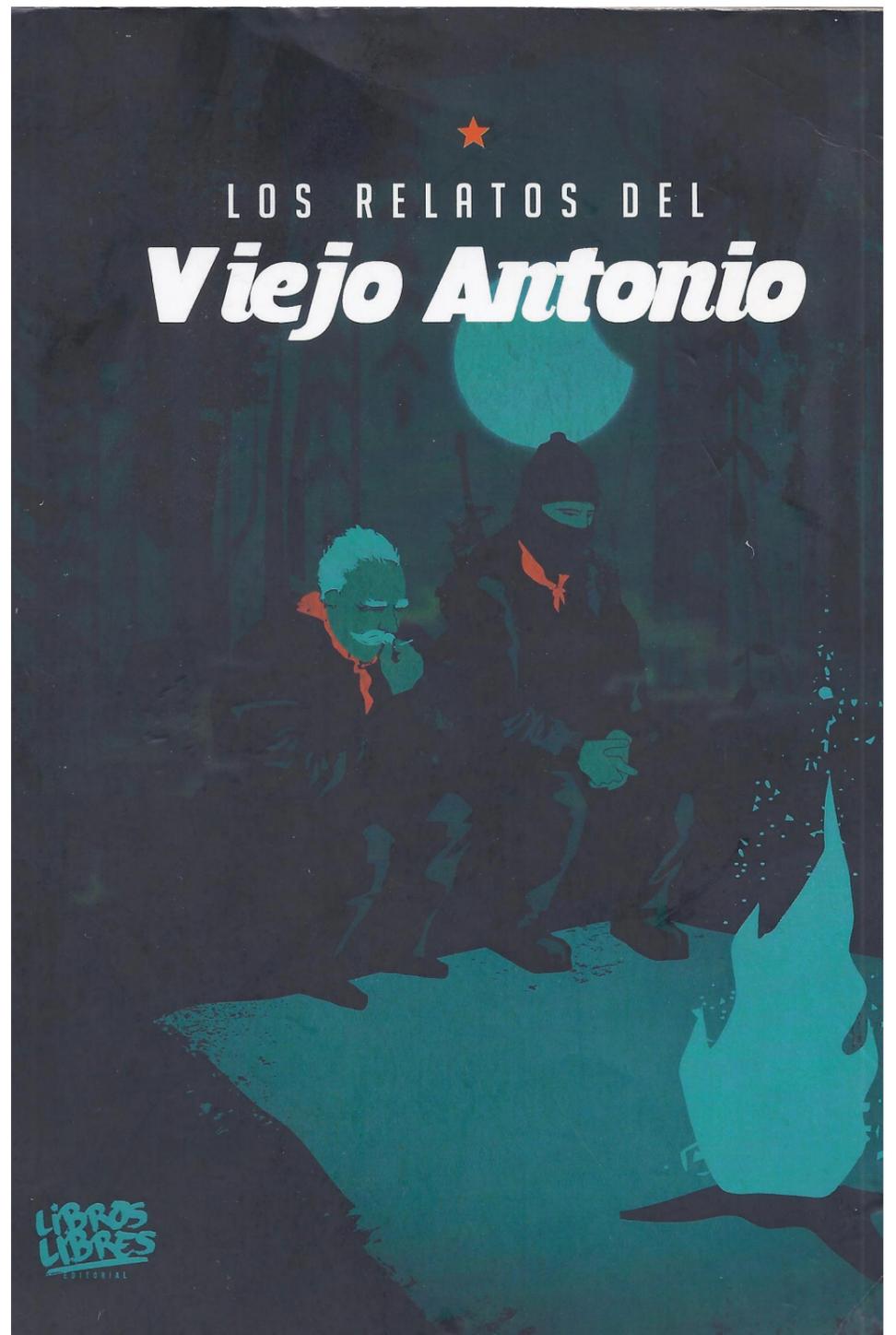
In diesem Sommer wird eine Delegation aus Compañeras der Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN), des Congreso Nacional Indígena (CNI) und der Frente de Pueblos en Defensa del Agua y la Tierra de Morelos, Tlaxcala y Puebla (FPDTA-MPT) eine Reise durch Europa »von unten und von links« antreten. Die indigenen Rebell\*innen der EZLN aus der mexikanischen Region Chiapas sind seit ihrem Aufstand 1994 Bezugspunkt und Inspiration für linke Bewegungen auf der ganzen Welt. Sie lassen sich politisch in keine Schublade stecken und führen den Kampf für ein Leben in Würde auf undogmatische und ganz eigene Weise. In ihren Worten: »Fragend schreiten wir voran« – für eine »Welt, in die alle Welten passen«. Viel über die zapatistische Haltung zum Leben und zum Kampf lässt sich aus den »Geschichten des Alten Antonio« lernen. Subcomandante Marcos, der Intellektuelle aus der Stadt, der als Guerillero in den lakandonischen Urwald in Chiapas kam, erzählt hier von seinen Gesprächen mit dem Alten Antonio, einem indigenen Bauern aus den Bergen. Die Geschichten regen zum Nachdenken an, lassen schmunzeln und geben Kraft – die Lektüre lohnt sich!

### Die Geschichte von dem Einen und von den Allen

Es war eine Morgendämmerung im Dezember. In den Bergen ist die Morgendämmerung im Dezember nass und regnerisch. Der Nebel hüllt die Bäume ein und verleiht ihnen neue Formen und Schatten. Ich verbrachte die Zeit damit, einem einsamen Rauchschwaden meiner Pfeife nachzuschauen, und wartete darauf, dass vielleicht der Nebel käme, um sich dieses Wölkchens, das sich von meinen Lippen gelöst hatte, zu erbarmen, als sich von einem nahe gelegenen Baum eine Gestalt löste, halb Nebel, halb Schatten, und sich mit müdem Schritt an meine Seite gesellte und sprach: »Die Weisheit besteht nicht darin, viele Dinge zu kennen oder viel von einer Sache zu wissen.« Ich zitterte. Ein wenig wegen der Kälte, ein wenig wegen des Nebels, vor allem aber aufgrund dessen, was ich gehört hatte, und noch mehr aufgrund der Überraschung, im Aufleuchten des Streichholzes, mit dem er seine selbst gedrehte Zigarette anzündete, den Alten Antonio erkannt zu haben. Ich tat, was ich in solchen Situationen immer zu tun pflege: Ich rieb mir die Knochen, kaute auf der Pfeife herum und ließ ein weises »Mmmh« vernehmen. Der Alte Antonio setzte sich an meine Seite, manövrierte die Zigarette in den linken Mundwinkel und verlieh murmelnd einer Geschichte Farbe und Wärme ...

»Es war einmal eine Zeit, in der es keine Zeit gab. Es war die Zeit des Beginns. Sie war wie die Morgendämmerung. Sie war weder Nacht noch Tag. Die Zeit war einfach so da, ohne irgendwohin zu gehen noch von irgendwoher zu kommen. Es gab kein Licht, aber es gab auch keine Dunkelheit. Es war die Zeit, in der die größten Götter lebten, jene, die die Welt erschufen, die Allerersten. Die Ältesten unserer Alten sagen, dass diese ersten Götter sieben waren und dass ein jeder zwei gewesen sei. Es sagen die Ältesten unserer Alten, dass sieben die Zahl sei, mit der die Ältesten alle zählen, und dass eins immer zwei sei, damit man gehen könne. Deswegen erzählen sie, dass die allerersten Götter jeder zwei waren und sieben Mal. Und diese allergrößten Götter sind nicht wissend und groß geboren worden. Klein waren sie, und sie wussten nicht viel. Aber sie konnten reden und sie redeten viel. Sehr geschwätzig waren diese ersten Götter, sie redeten viel und alle zur gleichen Zeit; und keiner verstand irgendetwas vom andern.

Diese Götter redeten zwar viel, doch wussten sie wenig. Aber – wie oder warum auch immer –



Die Geschichten vom Alten Antonio, Buchcover von LibrosLibres.

(Bild: Martín Villarroel Borgna)

es kam der Moment, in dem alle schwiegen, und das zur gleichen Zeit. Dann sprach einer von ihnen und sagte zu sich, dass es gut sei, dass wenn einer rede, die anderen nicht redeten, und dass so der eine, der redet, gehört werden könne und dass die anderen, die nicht redeten, ihm zuhören könnten und dass es so sein sollte, dass abwechselnd geredet werde. Die sieben, die jeder zwei in einem waren, waren einverstanden. Und es sagen die Ältesten unserer Alten, dass dies die erste Vereinbarung in der Geschichte war, die Vereinbarung, nicht nur zu reden, sondern auch zuzuhören. Die Götter schauten sich in allen Ecken jener Morgendämmerung um, in der es weder Tag noch Nacht gab, weder eine Welt noch Männer und Frauen, weder Tiere noch Dinge. Sie schauten sich um und bemerkten, dass alle Teile dieser Morgendämmerung Wahrheiten sprachen und dass einer nicht allen und allem zuhören konnte; und so teilten sie sich die Arbeit, der Morgendämmerung zuzuhören, und so konnten sie alles erlernen, was die Welt von damals, die noch keine Welt war, ihnen mitzuteilen hatte.

Und so sahen die allerersten Götter, dass zum Lernen, zum Arbeiten, zum Leben und zum Lieben ein jeder und eine jede notwendig ist. Aber sie sahen auch, dass einer oder eine allein nicht ausreicht. Sie sahen, dass alle gebraucht werden und dass nur alle zusammen ausreichend sind, um die Welt in Gang zu setzen. So wurden die ersten Götter zu Wissenden, die größten Götter, jene, die die Welt erschufen. Sie verstanden es,

zu reden und zuzuhören, diese Götter. Und Wissende waren sie geworden. Nicht weil sie viele Dinge kannten und auch nicht weil sie viel von einer Sache wussten, sondern weil sie verstanden hatten, dass ein jeder und eine jede und alle zugleich notwendig und ausreichend sind.«

Der Alte Antonio war gegangen. Ich blieb wartend zurück. Wartend, wie man auf das Meer und den Weizen wartet, wissend, dass beide kommen werden (...) weil sie nie gegangen sind.

Alles Gute! Und vergesst Acteal nicht. Die Erinnerung ist die Wurzel der Weisheit.

**AK Antifa Aachen**

Die Geschichte wurde in der Form 2007 in dem Buch Subcomandante Marcos. Geschichten vom Alten Antonio im Verlag Assoziation A (ISBN 978-3-935936-50-7) publiziert. Die Übersetzung stammt von Theo Bruns.

### Wo gibt's mehr Infos?

Aktuelle Informationen zu der Reise der aufständischen Delegation durch Europa sowie Hintergrundinformationen zu der zapatistischen Bewegung sind zu finden auf: [ya-basta-netz.org](http://ya-basta-netz.org) Spenden für die regionale Reise-Organisation können zu den Öffnungszeiten im Infoladen Aachen abgegeben werden. Wer sich an der Reise-Orga beteiligen möchte, kann sich gerne an [rheinland@ya-basta-netz.org](mailto:rheinland@ya-basta-netz.org) wenden.

# Eine Hotline gegen das Sterbenlassen

Das Netzwerk „Alarmphone“ empfängt Notrufe direkt von Geflüchteten, die auf dem Mittelmeer in Seenot geraten

Das Alarmphone ist ein transnationales Netzwerk aus rund 150 Aktivist\*innen verteilt über 12 Länder. Wir betreiben das Alarmphone seit Herbst 2014 ehrenamtlich als Telefonhotline für Geflüchtete in Seenot auf dem gesamten Mittelmeer, vornehmlich auf den Hauptfluchtrouten Marokko-Spanien, Türkei-Griechenland und Libyen-Italien/Malta. Das Telefon ist seit 2014 rund um die Uhr, sieben Tage die Woche besetzt. Wir empfangen Notrufe direkt vom Mittelmeer und üben Druck auf die zuständigen Küstenwachen aus; wir dienen als Verstärker für die Stimmen derjenigen, die in Europa nichts zählen: Menschen auf der Flucht. Wir sind parteiisch an der Seite von denjenigen, die ihr Recht auf Bewegungsfreiheit in Anspruch nehmen. Wir sägen am Grenzzaun der Festung Europas.

## 2015 – eine Hotline zur richtigen Zeit

Unsere Hotline kam gerade zur richtigen Zeit: Im Verlauf des Jahres 2015 erhielten wir Anrufe von über tausend Booten aus der Ägäis – in dem Jahr, als insgesamt rund 850.000 Menschen von der Türkei aus die griechischen Inseln per Schlauchboot erreichten: Familien, Frauen, Kinder, Alte, Kranke und Gebrechliche. Sie zogen weiter, über die Balkanroute nach Norden. Die zahlreichen Ankünfte stoppten mit dem Türkei-Deal im März 2016 abrupt, die Folgen des Deals sind bis heute wirksam: Ohne Chance, das Festland zu erreichen, werden die Ankommenden seitdem in überfüllte Lager auf den Inseln gepfercht. Aktuell erleben wir eine Eskalation der Gewalt gegen Flüchtlinge auch auf dem Meer: Die Griechische Küstenwache will unter der rechtskonservativen Regierung Ankünfte in Griechenland um jeden Preis verhindern. An der Seegrenze zur türkischen Such- und Rettungszone (SAR-Zone) werden Boat-people von verummten Männern empfangen und zurück Richtung Türkei gezwungen. Sie werden angegriffen und die Boote zerstört oder auf dem Meer treiben gelassen, nachdem ihnen Motor und Treibstoff entwendet wurde. Zugleich wird versucht, die Dokumentation derartiger Verbrechen sowie jegliche solidarische Unterstützung von Geflüchteten zu verhindern – mit Gewalt oder Kriminalisierung. 2018 stieg das Aufkommen der Überfahrten von Marokko nach Spanien rapide an. Immer mehr Menschen machten sich von der Nordküste des Transitlandes Marokko auf den Weg, die gefährliche Strömung der Straße von Gibraltar zu überqueren. Die Antwort des Migrationsregimes blieb nicht aus: Reduktion der Seenotrettung, Räumungen und Vertreibung, Kriminalisierung und Deportation der Menschen aus Subsahara-Afrika in den Süden des Landes. Inzwischen starten viele Überfahrten vom Süden Marokkos bis hin zum Senegal und Mauretanien in Richtung der Kanarischen Inseln – mit

den kleinen Booten eine mehrtägige Reise. Die Überfahrten sind stets prekär und höchst gefährlich, ohne Telefonempfang, der unverzichtbar ist, um eine für die Rettung nötige GPS-Position zu übermitteln.

## Abwehr statt Seenotrettung

Der Beginn des Alarmphones überschneidet sich im zentralen Mittelmeer zeitlich mit dem Ende der Operation „Mare Nostrum“, dem einjährigen Seenotrettungsprogramm Italiens, das nach zwei großen Schiffsunglücken vor Libyen mit hunderten Toten vorübergehend eingerichtet worden war. Die daraufhin entstandene zivilgesellschaftliche Antwort – eine alternative Rettungsflotte aus Schiffen wie der Sea Watch –, war bald einem ständigen staatlichen Druck ausgesetzt, denn die europäische Lösung auf Migration heißt nicht Seenotrettung, sondern Abwehr. Die Diffamierung als „Schlepper“ und die darauffolgende Kriminalisierung und Festsetzung des Schiffes „Juventa“ waren der Beginn einer bis heute andauernden Welle von Behinderungen und Blockaden von NGO-Schiffen. Die Kriminalisierung hat mit den Razzien bei unseren italienischen Gefährt\*innen des Schiffes „Mare Jonio“ und der Anklage von 21 Personen im Kontext der „Juventa“ seit Anfang März dieses Jahres wieder Fahrt aufgenommen. Die staatliche Seenotrettung Italiens und Maltas hat sich inzwischen auch auf ein dramatisches Minimum zurückgezogen. Erhalten wir einen Anruf vom Mittelmeer, werden Boat-People im Bereich der 170 km breiten libyschen SAR-Zone entweder gar nicht gerettet – obwohl das Gebiet zum internationalen Gewässer zählt und die Intervention der Küstenwachen Maltas und Italiens rechtlich möglich wäre – oder sie werden von den Menschenjägern der so genannten Libyschen Küstenwache nach der Rettung nach Libyen geschickt, zurück in ein Kriegsgebiet und in die Folterlager, denen die Menschen entfliehen wollen.

Das Aufspüren der Boote durch die Libysche „Küstenwache“ ist dabei nicht dem Zufall überlassen. Dafür sorgt die Europäische Luftaufklärung von Frontex und der Operation Irini. Seit Anfang Mai steuert Frontex zusätzlich eine Heron-1-Drohne aus dem Hause Airbus. Sie ergänzt mit 24 Stunden Flugzeit die Flugzeuge, die täglich die Bereiche vor der Küste Libyens absuchen. Boote auf dem Weg Richtung Europa sollen auf diese Weise möglichst schon vor Erreichen der Europäischen Rettungszone abgefangen werden. Ereignet sich ein Schiffsunglück, kommt dagegen niemand zu Hilfe. Die Menschen werden sich selbst überlassen und ertrinken. Die sogenannte Libysche Küstenwache rettet nicht. Sie sind nur dazu da, Boote abzufangen und nach Libyen zu schaffen und jagt sogar den Schiffen der zivilen Seenotrettung

Boote mit Flüchtenden in letzter Sekunde ab, wie wir oft erleben müssen – alles, um zu verhindern, dass Menschen nach Europa gerettet werden.

## Black Box Mittelmeer

Neben unseren Telefonschichten rund um die Uhr dokumentieren wir als Alarmphone, was in der Black Box Mittelmeer geschieht. Das, was bevorzugt im Geheimen passieren soll, machen wir öffentlich – den ständigen Blockaden von Schiffen der zivilen Seenotrettung und jeglicher Kriminalisierung zum Trotz: Die systematische unterlassene Hilfeleistung, das bewusste Sterbenlassen auf See, das Zurückschaffen der Unerwünschten. Bei uns melden sich Überlebende und Zurückgeschaffte aus den Lagern, Knästen und von der Straße. Die, die es nach Europa geschafft haben und uns über Gewalt oder unterlassene Hilfeleistung der Küstenwachen berichten. Freund\*innen und Verwandte, die ihre Liebsten suchen, welche das Mittelmeer begraben hat, ohne eine Spur von ihnen zu hinterlassen. Ohne zumindest die Gewissheit von ihrem Tod zu haben, wird Freund\*innen und Familien damit die Möglichkeit genommen, zu trauern.

Wir werden oft gefragt, wie wir diese Arbeit aushalten. Und ja, wir sind oft traurig und wütend. Wir ziehen aber auch Energie aus den Rückmeldungen von denen, die mit unserem Support Europa erreichen und von unserem Netzwerk und allen, die uns auf vielfältigen Wegen unterstützen: Wir brauchen Euch Gefährt\*innen! Im Bürger\*innenasyl, gegen die Abschiebemaschinerie, für solidarische Städte! Denn die Ankunft in Europa ist nur ein erster Schritt zum Hierbleiben.

Ina Fischer



### Zusätzliche Infos:

Um das Alarmphone zu unterstützen, könnt ihr an folgendes Konto spenden:

### Spendenkonto:

Forschungsgesellschaft Flucht & Migration  
IBAN: DE68 10050000 0610024264  
BIC: BELADEBEXXX  
Donation Reference: Watchthemed Alarm Phone

### Links:

[www.alarmphone.org](http://www.alarmphone.org)  
Twitter: @alarm\_phone

## Pushed back ein Erfahrungsbericht

An der bosnisch-kroatischen Grenze versuchen viele Flüchtlinge, zu Fuß die europäische Union zu erreichen. Häufig werden sie nach tage- bis wochenlangen Fußmärschen von der kroatischen Polizei aufgegriffen, misshandelt, bestohlen und zurück nach Bosnien deportiert. Diese illegalen Pushbacks und Menschenrechtsverletzungen interessieren in Europa kaum jemanden. Eine Frau auf der Flucht berichtet von ihren Erfahrungen.

Ich bin aus dem Iran, wir sind eine große Familie und leben mit mehr als 4 Familien hier in der Nähe der kroatischen Grenze. Wir haben schon mehr als 20 mal versucht, nach Kroatien zu kommen, und wir haben es immer noch nicht geschafft. Immer noch sind wir – leider – in Bosnien und haben sehr schlimme Dinge erlebt bei den Pushbacks. Einmal haben sie<sup>1</sup> ihre riesigen Hunde auf uns losgelassen, damit sie uns angreifen. Obwohl wir mehr als sechs Kinder dabei hatten! Und einmal haben sie mit Pistolen in unsere Richtung geschossen. Unsere Kinder hatten große Angst und ich weiß, dass sie immer noch psychische Probleme haben, weil sie das erlebt haben. Ein anderes mal haben sie ein großes Feuer gemacht und uns alles weggenommen! Sogar unser Essen, unseren Proviant. Sie haben alles einfach ins Feuer geworfen und gesagt: Geht zurück nach Bosnien. Und wir haben nach Wasser gefragt und sie haben gesagt: Geht in Bosnien Wasser trinken. Und sie haben uns kein Wasser gegeben. Das ist sehr schlimm. Wenn die EU mich hören könnte: Ich spreche nicht nur für mich, sondern für alle Migrant\*innen die hier leben. Wir selbst sind 16 Personen. Wir sind seit mehr als drei Jahren in Bosnien. Und wir sind so müde. Wir haben zu oft versucht, über die Grenze zu kommen. Wenn sie uns hören können: Wir brauchen Hilfe und Mitgefühl. Sie müssen mitfühlen können wie hart es ist, in dieser schlechten Situation, in der wir hier sind, zu leben. Familien – Kinder – sie können nicht in die Schule gehen, sie können nicht als freie Person aufwachsen, sie können nicht leben als Mensch! Was die kroatische Polizei mit uns macht, ist nicht menschlich. Und ich will sagen: Wir sind keine Tiere. Wir sind hier aus wichtigen Gründen. Wir sind nicht hier für Party oder zum Spaß. Wir haben große Probleme! Und wir haben uns für diesen schwierigen und harten Weg entschieden und wir brauchen wirklich Hilfe und Verständnis.

Anonym

<sup>1</sup> kroatische Polizei

## Kurzmeldung

### Sloweniens gefährlicher Trittbrettfahrer

Im schönen Slowenien und dessen Hauptstadt Ljubljana fanden in jüngster Zeit Massenproteste von Zehntausenden Menschen gegen die aktuelle Regierung statt. Grund dafür ist der aktuelle Staatschef Janez Jansa, der sich Viktor Orban zum großen Vorbild genommen hat und nun eine autoritäre, rechtsradikale Politik durchsetzt. Wie auch der ungarische Autokrat, nimmt Jansa die aktuelle Pandemie als Vorwand, um tiefgreifende Gesetzesänderungen durchzusetzen, die eine starke Monopolisierung der Macht und die Aushebelung gängiger demokratischer Standards vorsehen. So stehen vor allem Justiz und Medien im Fadenkreuz der Maßnahmen.

Es bleibt nur zu hoffen, dass der Druck auf der Straße weiter anwächst und dieser höchst beunruhigenden Entwicklung etwas entgegensetzen kann. Doch wenn es Jansa tatsächlich ernst meint und in Slowenien bald ungarische Verhältnisse herrschen, dürfte sich jegliche Opposition bald mit heftiger Repression konfrontiert sehen und nach und nach mundtot gemacht werden.

R. Einfeldorf



Auf dem Mittelmeer: Ein Boot, das von der so genannten libyschen Küstenwache abgefangen wurde.

(Bild: Seawatch)

